

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Inlandsnachfrage treibt deutsche Wirtschaft an: Wintergrundlinien 2015

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2015) : Inlandsnachfrage treibt deutsche Wirtschaft an: Wintergrundlinien 2015, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 82, Iss. 51/52, pp. 1203-1213

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/126177>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wintergrundlinien 2015



Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Inlandsnachfrage treibt deutsche Wirtschaft an 1203

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland 1214

Interview mit Simon Junker

»Die deutsche Wirtschaft wächst leicht überdurchschnittlich« 1217

Bericht von Kristina van Deuverden

Finanzpolitik: Haushaltsspielräume werden enger – umso wichtiger sind jetzt richtige Ausgabeentscheidungen 1218

Am aktuellen Rand Kommentar von Karl Brenke

Asylstrom: Parolen reichen nicht, Konzepte sind nötig 1228



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang
16. Dezember 2015

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN



Die Krise des dritten indischen Fünfjahresplans

Indien war es bis 1960/61 [Das indische Haushaltsjahr läuft vom 1. April eines Jahres bis zum 31. März des folgenden Jahres. Erster Plan 1951/52 – 1955/56, Zweiter Plan 1956/57 – 1960/61, Dritter Plan 1961/62 – 1965/66.] gelungen, die ersten beiden Fünfjahrespläne mit einigem Erfolg durchzuführen. Um den gegenwärtig laufenden dritten Plan zum 31. März 1966 abschließen zu können, waren seine Ziele bereits nach unten revidiert worden. Neuerdings hat es aber den Anschein, als ob die kontinuierliche Folge der Fünfjahrespläne unterbrochen und der für den 1. April 1966 vorgesehene Beginn des vierten Planes um ein Jahr verschoben würde. Seit Beginn des letzten Quartals 1964 hat sich nämlich die chronische Devisenknappheit Indiens zu einer akuten Zahlungsbilanzkrise verschärft. An ihrer Entstehung waren – entgegen der offiziellen Begründung – nicht nur planungs-exogene Faktoren beteiligt. Zweifellos haben die äußeren Störungen – das starke Ansteigen der Rüstungsausgaben seit dem indisch-chinesischen Konflikt im Jahre 1962, witterungsbedingte Mißernten und die vorläufige Einstellung von Devisenzahlungen seitens der USA, Großbritanniens und Japans im Anschluß an die Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan – entscheidenden Anteil an der Krise, in die der dritte Fünfjahresplan gegenwärtig geraten ist. Aber auch ohne diese Beeinträchtigungen wäre eine reibungslose Abwicklung des Planes kaum noch zu erhoffen gewesen, denn aufgrund von Fehlern der indischen Wirtschaftsplanung ist die Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion schon seit Jahren hinter den im Plan gesteckten Zielen zurückgeblieben.

aus dem Wochenbericht Nr. 51/52 vom 23. Dezember 1965

Inlandsnachfrage treibt deutsche Wirtschaft an

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um 1,7 Prozent wachsen und dieses Tempo im nächsten Jahr halten. Im Jahr 2017 wird sie zwar voraussichtlich mit einer etwas geringeren Rate zulegen (1,5 Prozent) – allerdings nur, weil die Zahl der Arbeitstage aufgrund der Lage der Feiertage niedriger sein wird.

Die Weltwirtschaft stabilisiert sich bei geringerem Tempo als in den vergangenen Jahren, wird im Prognosezeitraum aber wohl etwas Fahrt aufnehmen. Die Konjunktur hatte sich zuletzt weltweit zwar etwas abgeschwächt, in Russland und Brasilien zeichnet sich jedoch ein Ende der Rezessionen ab, China richtet seine Wirtschaft bislang ohne größere Verwerfungen auf mehr Konsum aus und die wirtschaftliche Entwicklung in den USA und in Großbritannien bleibt kräftig. Auch im Euroraum geht es weiter moderat aufwärts. Der – wenn auch verhaltene – Beschäftigungsaufbau und steigende Realeinkommen schieben vielerorts die Entwicklung an. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft dürfte nach 3,4 Prozent in diesem Jahr auf 3,6 Prozent im nächsten Jahr und 3,9 Prozent im übernächsten Jahr steigen.

In Deutschland trägt vor allem der kräftige private Verbrauch zum Wachstum bei. Maßgeblich hierfür sind die anhaltend kräftigen Zuwächse der Lohnsumme. Allerdings entfällt im kommenden Jahr der kaufkraftsteigernde Effekt der gesunkenen Ölpreise. Demgegenüber stehen positive Impulse aufgrund der Flüchtlingsmigration. Zum einen hängt dies mit der Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge und mit dem Konsum, den diese entfalten, zusammen, zum anderen aber auch mit einer erhöhten Aktivität in der Bauwirtschaft. Die Investitionen in Ausrüstungen entwickeln sich dagegen verhalten. Zu den insgesamt etwas schwächeren globalen Absatzperspektiven kommen auch dämpfende inländische Faktoren. Der Außenhandel wird trotz robuster Exporte per saldo nicht zum Wachstum beitragen, da die dynamische Binnenkonjunktur die Importe kräftiger anschiebt.

Weltwirtschaft: Expansionstempo beschleunigt sich leicht

Die Dynamik der Weltwirtschaft hat sich im dritten Quartal leicht erhöht (Abbildung 1). Hierzu trugen vor allem die Schwellenländer bei. In Russland und Brasilien schrumpfte die Wirtschaftsleistung weniger stark als zuvor, und eine harte Landung der chinesischen Wirtschaft blieb aus. In den Industrieländern ging das Tempo zwar leicht zurück. Die Nachfrage war aber weiterhin hoch. Die Wirtschaft des Euroraums setzte ihr moderates Wachstum fort.

Die Geldpolitik wird im Prognosezeitraum, also 2015 und in den nächsten beiden Jahren, global weniger expansiv ausgerichtet sein, die Konjunktur aber immer noch stützen. In den USA und im Vereinigten Königreich stehen Leitzinsanhebungen an. Hingegen wurde im Euroraum eine zeitliche Verlängerung der Anleihekäufe beschlossen. Die Finanzpolitik wird sowohl global als auch im Euroraum neutral ausgerichtet sein.

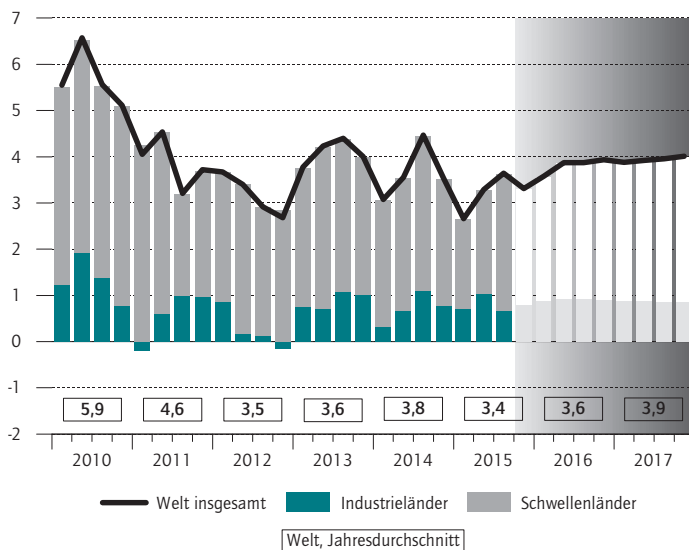
Die Lage der Weltwirtschaft dürfte sich etwas verbessern. Sowohl die Industrie- als auch die Schwellenländer erhöhen ihr Wachstumstempo leicht. In den Schwellenländern ist allerdings keine Rückkehr zu den Wachstumsraten der vergangenen Jahre in Sicht. Vor allem Russland und Brasilien dürften weiterhin unter niedrigen Rohstoffpreisen und hohen Inflationsraten leiden. Zusätzlich dürfte die US-Zinswende sich restriktiv auf die Konjunktur in vielen Schwellenländern auswirken. In China werden die weiterhin bestehenden Überkapazitäten die Wachstumsraten leicht sinken lassen. Insgesamt dürften die Schwellenländer über den Außenhandel aber von der etwas anziehenden Konjunktur in den Industrieländern profitieren.

In den Industrieländern dürften hingegen kaum Impulse vom Außenbeitrag kommen. Stattdessen wird die Binnennachfrage das Wachstum treiben. Weitere Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, zusammen mit einer nur leicht anziehenden Teuerung, sorgen für Kaufkraft-

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Weltwirtschaft bleibt auf ihrem moderaten Expansionspfad.

gewinne bei den Haushalten und robuste Konsumzuwächse. Im weiteren Verlauf dürfte sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen erhöhen, die bei steigender Nachfrage zunehmend die weiterhin niedrigen Zinsen nutzen. Dies zeichnet sich vor allem in den USA ab, etwas verhaltener auch im Euroraum.

Alles in allem dürfte die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft im Jahr 2015 bei 3,4 Prozent liegen und in den kommenden beiden Jahren bei 3,6 beziehungsweise 3,9 Prozent (Tabelle 1). Die Teuerung steigt auf 2,2 beziehungsweise 2,7 Prozent. Hierzu tragen leicht steigende Energiepreise und Löhne bei.

Die Risiken für die Weltkonjunktur haben sich zuletzt etwas reduziert, nachdem eine harte Landung der chinesischen Wirtschaft bisher ausgeblieben ist. Allerdings besteht hier – wie in vielen anderen Schwellenländern – weiterhin das Risiko, dass sich die hohen privaten Schuldenstände als nicht tragbar erweisen. Gerade Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten sind gefährdet, sollte die US-Zinswende zu einer unerwarteten starken Verschlechterung der externen Finanzierungsbedingungen führen. Ein weiteres Risiko für die Prognose besteht in einem Stillstand des Integrationsprozesses im Euroraum. Zudem gibt es erhebliche Risiken aufgrund der Konflikte im Nahen Osten.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal des Jahres 2015 um annualisiert 2,1 Prozent zugelegt. Die US-Wirtschaft wird auch im Prognosezeitraum auf ihrem moderaten Wachstumspfad bleiben. Ein wichtiger Treiber wird wie bisher der private Konsum sein, der durch die geringen Anstiege der Inflationsrate und die kontinuierliche Erholung am Arbeitsmarkt getragen wird. Zwar verharrt die Erwerbsbeteiligung auf einem niedrigen Niveau, allerdings ist die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres um fast einen Prozentpunkt zurückgegangen. Im Zuge dieser Entwicklung werden sich die im Trend leicht steigenden verfügbaren Einkommen auch im Prognosezeitraum erhöhen und den privaten Verbrauch sowie den Wohnungsbau stützen.

Vor dem Hintergrund der kräftigen Konsumnachfrage und einer steigenden Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen ihre Investitionen deutlich ausweiten. Getrieben durch den privaten Konsum werden die Importe etwas stärker zulegen als die Exporte. Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung dürfte die US-Notenbank nun damit beginnen, ihre Leitzinsen zu erhöhen; im Prognosezeitraum ist aber nur mit einer leichten und schrittweisen Erhöhung der Leitzinsen zu rechnen. Auch die Finanzpolitik wird im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nicht mehr restriktiv ausgerichtet sein. Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft im Jahr 2015 um 2,5 Prozent zulegen. In den Jahren 2016 und 2017 wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts jeweils bei 2,6 Prozent liegen.

Japan

In Japan ist das Bruttoinlandsprodukt nach einem Rückgang im zweiten Quartal zuletzt um 0,3 Prozent gestiegen. Der Konsum hat sich leicht erholt, die Ausgabebereitschaft der privaten Haushalte bleibt aber gering. Die Unternehmensinvestitionen zogen etwas an. Trotz einer gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit haben die Exporte aufgrund der moderaten Nachfrage auf den Auslandsmärkten nicht spürbar angezogen.

Der Versuch, mit staatlichen Ausgabenprogrammen und einer stark expansiven Geldpolitik die Wirtschaft auf einen höheren Wachstumskurs zu bringen, hat bisher noch keine Früchte getragen. Die Gewinne exportorientierter Unternehmen sind merklich gestiegen, weil der schwache Yen die Margen vergrößert hat. Allerdings hat dies noch nicht zu höheren Lohnzuwächsen geführt. Die bisher eher schwache Investitionsdynamik setzt sich fort. Der Tankan-Index für die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes deutet auf eine anhaltende Stabilisierung hin. Die Wirtschaft dürfte in diesem

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Euroraum	0,9	1,5	1,5	1,7	0,4	0,1	0,9	1,4	11,6	10,9	10,4	10,2
ohne Deutschland	0,4	1,5	1,6	1,7	0,3	0,0	0,8	1,4	13,8	13,1	12,3	11,8
Frankreich	0,2	1,1	0,9	1,4	0,5	0,2	0,9	1,3	10,3	10,5	10,6	10,5
Spanien	1,4	3,1	2,7	2,4	-0,2	-0,5	0,5	1,5	24,5	22,1	19,6	18,2
Italien	-0,4	0,7	1,2	1,4	0,2	0,1	0,7	1,4	12,7	11,9	11,0	10,6
Niederlande	1,0	2,0	2,1	2,2	0,3	0,2	0,8	1,4	7,4	6,9	6,4	6,2
Vereinigtes Königreich	2,9	2,4	2,3	2,1	1,4	0,1	1,1	1,7	6,1	5,5	5,3	5,3
USA	2,4	2,5	2,6	2,6	1,6	0,2	1,7	1,7	6,2	5,3	4,8	4,6
Japan	-0,1	0,5	0,5	0,5	2,8	0,8	0,9	1,1	3,6	3,5	3,8	3,8
Südkorea	3,3	2,6	2,9	3,0	1,3	0,7	1,6	2,2	3,6	3,5	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	3,0	3,4	3,1	3,2	0,3	-0,3	1,2	1,8	8,4	7,4	6,8	6,4
Türkei	2,9	3,3	3,3	3,8	8,8	7,7	7,6	7,4	9,9	10,2	9,9	9,6
Russland	0,7	-4,1	-0,4	0,8	7,9	15,4	7,3	5,3	5,2	5,7	6,3	6,2
China	7,3	6,8	6,5	6,3	-0,6	-0,5	-0,4	1,3	3,8	3,8	3,8	3,8
Indien	7,2	7,2	7,0	6,9	4,3	2,0	4,8	5,7				
Brasilien	0,1	-3,4	-2,6	0,8	6,3	8,5	6,8	6,0	4,9	7,1	8,5	9,8
Mexiko	2,3	2,5	2,6	2,7	4,0	2,8	3,2	3,6	4,8	4,5	4,8	4,8
Industrieländer	1,8	2,0	2,1	2,2	1,4	0,3	1,4	1,6	7,0	6,4	6,0	5,8
Schwellenländer	5,3	4,4	4,8	5,1	2,4	2,8	2,7	3,5	4,8	5,0	5,2	5,2
Welt	3,8	3,4	3,6	3,9	2,0	1,7	2,2	2,7	5,7	5,6	5,5	5,5

Quelle: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

und in den beiden Folgejahren um jeweils rund 0,5 Prozent expandieren.

China

In China expandierte die Produktion im dritten Quartal 1,8 Prozent, nach einem ähnlichen Anstieg im Vorquartal. Die Entwicklung wird verstärkt von anziehenden Konsumausgaben getragen. Obwohl die Löhne vor allem am unteren Ende der Lohnskala stark gestiegen sind, bleibt die Expansion des privaten Verbrauchs verhalten. Die Entwicklung der Exporte wird durch die schleppende Konjunktur in den wichtigsten Absatzmärkten und einer sinkenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit gehemmt. Die Investitionen werden durch vorhandene Überkapazitäten gedämpft.

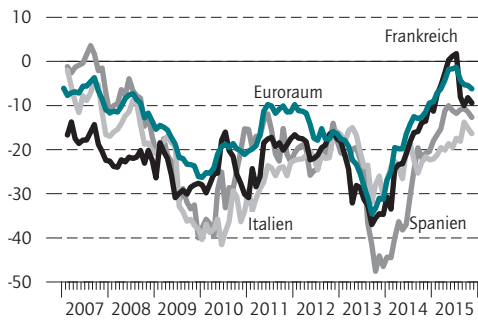
Die Einkaufsmanagerindizes deuten auf eine weitere leichte Schrumpfung in der Industrie hin. Dagegen liegt der Index für die Dienstleistungsunternehmen klar oberhalb der Expansionsschwelle. Diese Entwicklung dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Insgesamt dürfte die Produktion im Jahr 2015 um 6,8 Prozent expandieren. In den beiden nächsten Jahren werden die Zuwächse wohl etwas geringer sein.

Euroraum

Im Euroraum legte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,3 Prozent zu. Im Prognosezeitraum wird wohl vor allem der Konsum das Wachstum tragen. Die verfügbaren Einkommen nehmen mit etwa gleich bleibender Dynamik weiter zu; insbesondere in realer Rechnung sind die Zuwächse merklich: Aufgrund freier Kapazitäten dürfte die Inflationsrate nur moderat anziehen. Zudem wird weiter Beschäftigung aufgebaut, wenn auch in einzelnen Ländern nur verhalten. In Italien sank die Arbeitslosenquote innerhalb der vergangenen vier Monate um einen Prozentpunkt auf 11,5 Prozent im Oktober, während sie im gleichen Zeitraum in Finnland leicht auf 8,7 Prozent stieg. In Frankreich ist der Beschäftigungsaufbau zuletzt zum Erliegen gekommen. Indikatoren wie die aktuell sich aufhellende Konsumentenstimmung und der Anstieg der Kfz-Zulassungen deuten darauf hin, dass die Verbraucher zuvorsichtig bleiben (Abbildung 2). All dies deutet auf einen leicht zulegenden privaten Konsum hin. Zudem dürfte die Finanzpolitik im Jahr 2016 und 2017 in etwa neutral ausgerichtet sein, nachdem sie im laufenden Jahr noch gedämpft hat. Vor allem wegen der zusätzlichen Ausgaben durch die Zuwanderung von Asylsu-

Abbildung 2

Konsumentenvertrauen im europäischen Vergleich Saldo



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2015

Das Konsumentenvertrauen liegt im Vergleich zum historischen Durchschnitt auf hohem Niveau.

chenden wird sie in einzelnen Ländern allerdings expansiv wirken.

Die Unternehmensinvestitionen legten im dritten Quartal leicht zu. Der Einkaufsmanagerindex stieg zuletzt auf 54,4 Punkte und liegt damit deutlich über der Expansionsschwelle. Die Dynamik bei den Unternehmensinvestitionen dürfte jedoch, trotz gefüllter Auftragsbücher vor allem für langlebige Konsumgüter, nur verhalten ausfallen. Dafür spricht, dass die Unternehmen im Bank Lending Survey der Europäischen Zentralbank zwar angeben, Kredite vor allem zu Investitionszwecken nachzufragen, die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen jedoch noch nicht angezogen hat. Die Ankündigung der Verlängerung des Anleihenkaufprogramms um sechs Monate und eine Senkung der Einlagenzinsen auf $-0,3$ Prozent dürften das Kreditwachstum kaum stimulieren.

Obwohl der schwache Außenwert des Euro stützend gewirkt haben dürfte, entwickelten sich die Ausfuhren zuletzt nur verhalten. Dies lag am Rückgang der Importnachfrage aus China, Russland und Brasilien. Im Prognosezeitraum ist nur eine geringe Besserung des Welthandels zu erwarten. Die Exporte dürften entsprechend moderat zulegen, nicht zuletzt, da der Wechselkursimpuls über die Zeit abklingt. Gleichzeitig entwickeln sich die Importe bei anziehender inländischer Konsumnachfrage vergleichsweise kräftig.

In diesem Jahr dürfte die Wirtschaft im Euroraum um 1,5 Prozent zulegen. Für 2016 ist mit einer Rate in vergleichbarer Höhe zu rechnen. 2017 dürfte das Bruttoinlandsprodukt etwas stärker wachsen.

Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich bleibt die wirtschaftliche Entwicklung dynamisch, schwächt sich aber etwas ab. Weiterhin bleibt die Binnenkonjunktur der Wachstumstreiber. Gestützt wird die private Nachfrage durch eine höhere Beschäftigung. Die Lohnzuwächse dürften bei leicht anziehender Produktivität etwas an Dynamik hinzugewinnen. Die Teuerungsrate wird erst gegen Ende des Prognosehorizonts etwa zwei Prozent erreichen; real dürfte sie die Einkommenszuwächse dann dämpfen. Zunehmenden Exporten, vor allem in den Euroraum und die USA, stehen weiterhin mit gleicher Dynamik steigende Importe gegenüber. Die Einkaufsmanagerindizes deuten für alle Sektoren ferner in Richtung einer Expansion der Produktion. Durch die sich schließende Produktionslücke und günstige Finanzierungsbedingungen ist mit zunehmender Investitionstätigkeit zu rechnen. Die Finanzpolitik ist leicht restriktiv ausgerichtet. Im laufenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung wohl um zweieinhalb Prozent steigen. Im Jahr 2016 dürfte das Wachstum nur etwas geringer ausfallen, und sich im Jahr darauf auf zwei Prozent abschwächen.

Mittel- und Osteuropa

Das Wachstum in den meisten mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften hat sich im dritten Quartal wieder leicht beschleunigt: In Polen stieg das Bruttoinlandsprodukt mit 0,9 Prozent in etwa dem Durchschnitt entsprechend und in Rumänien sogar um 1,4 Prozent. Ins Gewicht fällt vor allem die weiter anziehende Binnennachfrage. Dabei ist der Arbeitsmarkt in den meisten Ländern durch zunehmende Erwerbstätigkeit bei rückläufiger Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die Realeinkommen steigen – auch weil die Inflationsrate in den meisten Ländern aufgrund der niedrigen Energie- und Nahrungsmittelpreise zuletzt im negativen Bereich lag. Die Aussichten bleiben günstig: Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich weiter verbessern. Der Index des Konsumentenvertrauens ist aufwärtsgerichtet. Die expansiv ausgerichtete Geldpolitik dürfte die Investitionstätigkeit stützen. Die Exporte, die sich zur Jahresmitte schwach entwickelten, dürften bei einer wieder höheren Auslandsnachfrage aus den anderen EU-Ländern zunehmen. Das Wachstum in der Region dürfte dieses Jahr 3,4 Prozent betragen und im Prognosezeitraum mit 3,2 Prozent wohl ähnlich stark ausfallen.

Russland

In Russland dämpfen der niedrige Ölpreis und die Sanktionen die gesamtwirtschaftliche Leistung. Das Bruttoinlandsprodukt ist in den ersten drei Quartalen 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,8 Prozent ge-

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,4	0,1	0,6	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,4	0,7	1,3	1,0	0,6	0,8	0,6	0,6	0,2	0,2	0,4	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,7	-0,4	-0,3	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7
Ausrüstungen	1,9	0,5	-0,8	0,6	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Bauten	1,8	-1,3	-0,3	0,9	0,8	0,7	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige Investitionen	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	-0,2	-0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,5	-0,2	0,7	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	-0,1	0,6	-0,4	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,5	1,8	0,2	0,1	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Import	2,1	0,5	1,1	0,6	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab viertem Quartal 2015.

© DIW Berlin 2015

schrumpft. Im dritten Quartal hat sich der Rückgang im Vergleich zu den Vorquartalen indes abgeschwächt. Die Investitionen gingen in den ersten drei Quartalen zurück. Bei gesunkenen Einzelhandelsumsätzen und rückläufigen Realeinkommen dürfte auch der Konsum zuletzt deutlich eingeschränkt worden sein. Die Preissteigerung verharrte im Herbst auf einem hohen Niveau von 15,5 Prozent. Die Verbraucher erwarten keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage: Das Konsumentenvertrauen ist – laut Index des russischen statistischen Amtes – zuletzt wieder etwas gesunken. Auch das Investitionsklima hat sich nicht aufgehellt; der Abzug privaten Kapitals aus Russland hat sich allerdings abgeschwächt. Vom Außenhandel sind aufgrund der Abwertung des Rubels Impulse zu erwarten. Diese dürften aber allenfalls gering ausfallen, da die russischen Energieexporte bei einem hohen weltweiten Angebot an Energieträgern kaum gesteigert werden. Nach der starken Kontraktion der Einfuhren, auch aufgrund des russischen Importverbots für bestimmte Agrarprodukte und Lebensmittel, dürften sich die Importe stabilisieren. Insgesamt dürfte das russische Bruttoinlandsprodukt 2015 um mehr als vier Prozent sinken und auch im nächsten Jahr leicht zurückgehen. Wachstum ist erst für 2017 zu erwarten.

Deutsche Wirtschaft: Leicht überdurchschnittliche Zuwächse

Die gesamtwirtschaftliche Produktion setzt ihren Aufwärtstrend im Prognosezeitraum voraussichtlich fort. Getragen wird die Entwicklung vor allem durch bin-

nenwirtschaftliche Kräfte. In den nächsten Quartalen wird die Wirtschaftsleistung leicht überdurchschnittlich wachsen (Tabelle 2). Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden im späteren Verlauf in etwa normal ausgelastet sein.

Die Investitionen in Ausrüstungen haben sich zuletzt verhalten entwickelt (Abbildung 3) – eine Folge des vergleichsweise schwachen weltwirtschaftlichen Wachstums. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der Zukunft des Euroraums, aber auch der Europäischen Union. Der private Verbrauch entwickelt sich derzeit zwar günstig; dies geht aber auch auf vorübergehende Effekte zurück, insbesondere den Kaufkraftschub durch die gesunkenen Ölpreise und den Nachfrageimpuls in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Der Außenhandel trägt per saldo in diesem Jahr noch zum Wachstum bei, wird dieses im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums aber etwas dämpfen.

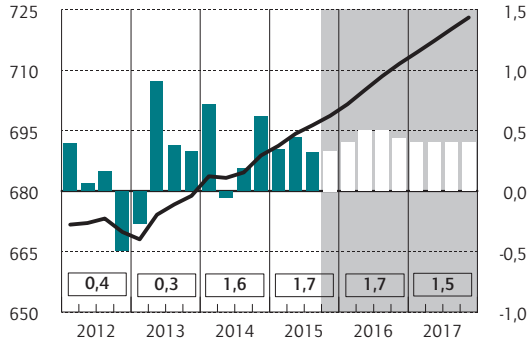
Die Finanzpolitik ist in diesem und im nächsten Jahr expansiv und im übernächsten Jahr in etwa neutral ausgerichtet.¹ Nach einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 Prozent in den Jahren 2015 und 2016 nimmt die Wirtschaftsleistung im Jahr 2017 um 1,5 Prozent zu (Tabelle 3). Sieht man von der unterschiedlichen Zahl an Arbeitstagen ab, ergibt sich für den Prognosezeitraum ein leichter Anstieg der jahresdurchschnittlichen Raten.

¹ Vgl. den Bericht zur Finanzpolitik in dieser Ausgabe.

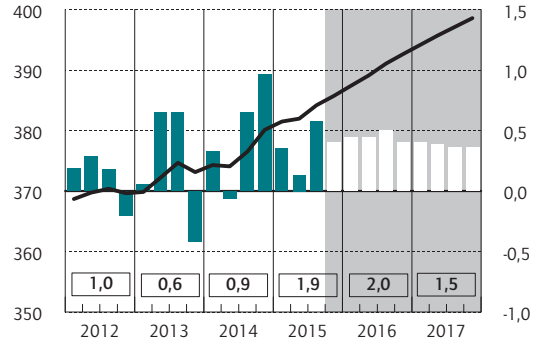
Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

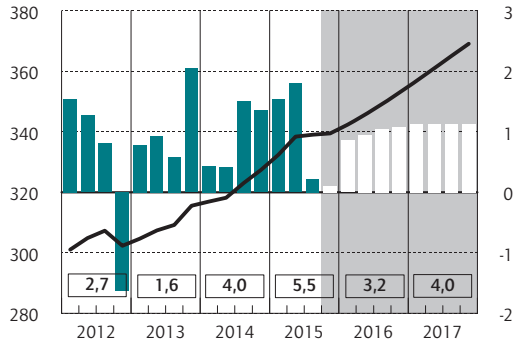
Bruttoinlandsprodukt



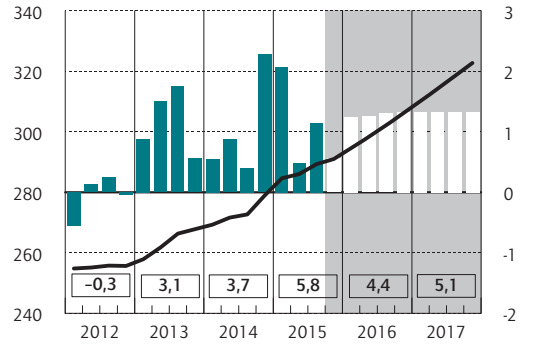
Konsumausgaben der privaten Haushalte



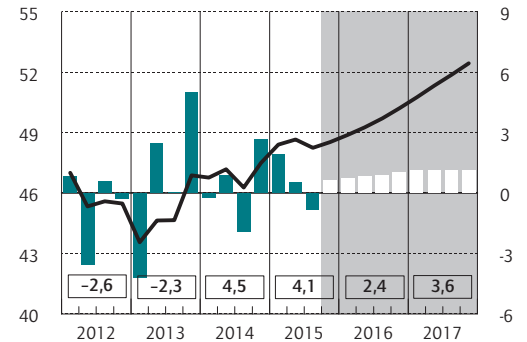
Exporte



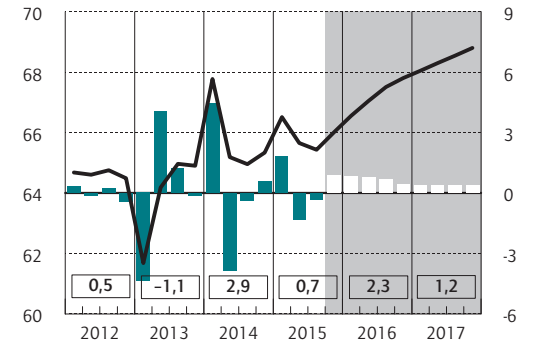
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2015.

© DIW Berlin 2015

Preisaufrtrieb nur moderat

Bei annähernder Normalauslastung in Deutschland und weltweit vielerorts unterausgelasteter Kapazitäten dürfte der Preisaufrtrieb auch hierzulande gering bleiben. Die

Ölpreise steigen annahmegemäß (Tabelle 4); vor allem deshalb liegen die Verbraucherpreise im kommenden Jahr gut ein Prozent höher als in diesem Jahr, in dem sie – gedämpft durch gesunkene Energiepreise – kaum gestiegen sind (Abbildung 4). Eine noch anhaltende, teil-

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,4	0,3	1,6	1,7	1,7	1,5
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 060	42 328	42 703	43 031	43 413	43 694
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2 223	2 182	2 092	1 927	1 942	2 066
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	2 897	2 950	2 898	2 799	2 878	3 023
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,4	5,2	5,0	4,6	4,6	4,8
Arbeitslosenquote, BA ²	6,8	6,9	6,7	6,4	6,5	6,8
Verbraucherpreise ³	2,0	1,5	0,9	0,3	1,1	1,5
Lohnstückkosten ⁴	3,1	2,0	1,6	1,6	1,9	2,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-2,4	-3,1	8,9	29,0	13,3	12,5
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-0,1	-0,1	0,3	1,0	0,4	0,4
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,9	6,5	7,3	8,4	8,3	8,1

1 In Preisen des Vorjahres.
 2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).
 3 Verbraucherpreisindex.
 4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.
 5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin 2015 bis 2017; Prognose des DIW Berlin.

weise Weitergabe ölpreisbedingter Kosteneinsparungen seitens der Unternehmen an die Verbraucher steht im weiteren Verlauf einem Preisdruck bedingt durch den anziehenden Konsum gegenüber. Im Jahr 2017 dürfte die Inflationsrate auf anderthalb Prozent steigen, damit aber weiter deutlich unter der von der Europäischen Zentralbank als Preisstabilität definierten Marke bleiben.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit steigen

Die Beschäftigung hat bis zuletzt kräftig zugelegt. Unter den Arbeitnehmern hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Tabelle 5) mit nahezu unvermindert hohem Tempo expandiert. Anders die Entwicklung bei denjenigen Personen, die ausschließlich einen Mini-Job ausüben – hier wurde die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns sichtbar. Von Oktober 2014 bis Februar 2015 sank deren Zahl deutlich – um 150 000. Danach setzte sich der Abbau mit wesentlich geringerer Geschwindigkeit fort und ist inzwischen nahezu zum Stillstand gekommen.

Im kommenden Jahr wie auch im Jahr 2017 wird der Beschäftigungsaufbau anhalten, wenngleich er wegen der sich abschwächenden Produktionszuwächse geringfügig an Schwung verliert (Abbildung 5). Die Arbeitslosigkeit wird aber ebenfalls steigen, weil die Zahl der Erwerbspersonen noch stärker zunimmt: Die Zuwanderung von Arbeitskräften aus der EU bleibt hoch; hinzu kommt, dass immer mehr Asylsuchende einen Aufenthaltsstatus und somit eine Arbeitserlaubnis erhal-

Tabelle 4

Annahmen dieser Prognose

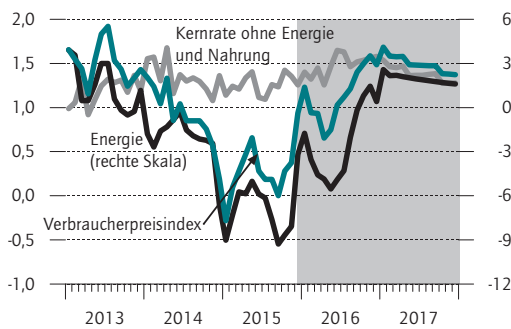
		2015	2016	2017
EZB-Leitzins	Prozent	0,05	0,05	0,05
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,02	-0,04	0,01
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,00	1,07	1,26
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,52	0,60	0,80
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,11	1,09	1,09
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,4	2,2	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	54,0	47,4	50,9
Erdölpreis	Euro/Barrel	48,6	43,4	46,5

ten. Die Zahl der Erwerbspersonen dürfte sich im Jahr 2016 um 180 000 und im Jahr 2017 um 270 000 erhöhen.² Die Zahl der Arbeitslosen wird 2016 jahres-

2 Angenommen wird, dass der Zustrom von Asylsuchenden im Prognosezeitraum nachlässt: von reichlich 1,1 Millionen in diesem Jahr auf 800 000 im Jahr 2016 und 500 000 im Jahr 2017. Die Hälfte davon erhält einen Aufenthaltsstatus, 79 Prozent davon sind im erwerbsfähigen Alter und zwei Drittel dürften dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Im Zeitverlauf wird der Stau bei der Erfassung von Asylgesuchen und den Entscheidungen darüber sukzessive verringert.

Abbildung 4

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex
In Prozent gegenüber dem Vorjahr



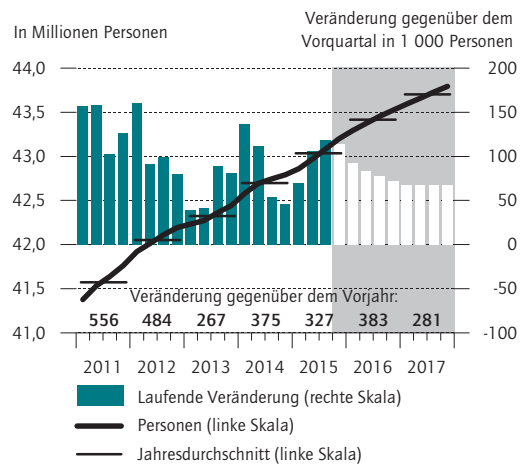
Quellen: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Verbraucherpreise ziehen zum Jahresende wieder an.

Abbildung 5

Erwerbstätige



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort.

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Erwerbstätige im Inland	42,06	42,33	42,70	43,03	43,41	43,69
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,56	4,46	4,40	4,30	4,25	4,21
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	29,36	29,73	30,22	30,83	31,38	31,68
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,89	1,89	1,90	1,91	1,93	1,95
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,98	5,02	5,03	4,91	4,71	4,59
Sonstige	1,27	1,23	1,15	1,08	1,14	1,26
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,05	-0,06	-0,06	-0,07	-0,07	-0,07
Erwerbstätige Inländer	42,01	42,27	42,64	42,96	43,34	43,62
Erwerbslose	2,22	2,18	2,09	1,94	1,95	2,07
Erwerbspersonen	44,23	44,45	44,73	44,90	45,29	45,69
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitslose	2,90	2,95	2,90	2,80	2,88	3,02
Arbeitslosenquote BA ¹ - in Prozent	6,8	6,9	6,7	6,4	6,5	6,8
Arbeitslosenquote SGB ² - in Prozent	9,0	9,0	8,8	8,3	8,4	8,7
Erwerbslosenquote VGR ³ - in Prozent	5,0	4,9	4,7	4,3	4,3	4,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik - in Prozent	5,4	5,2	5,0	4,6	4,6	4,9
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,02	39,41	39,74	39,98	40,28	40,56

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.
 2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.
 3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.
 4 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

durchschnittlich um 80 000 höher ausfallen, im Jahr 2017 sind es noch einmal 150 000 mehr. Die Arbeitslosenquote steigt dadurch etwas: von 6,4 Prozent in diesem Jahr auf 6,8 Prozent im Jahr 2017.

Trotz der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns blieb der Lohnauftrieb in diesem Jahr verhalten, vor allem weil die tarifvertraglich vereinbarten Stundenlöhne nur schwach zulegten. Die bereits abgeschlossenen und ins kommende Jahr hinein reichenden Tarifvereinbarungen sehen eine Abschwächung bei den Anhebungen der Stundenlöhne vor. Wegen der weiter anziehenden Beschäftigung dürften aber außertarifliche Lohnzahlungen an Bedeutung gewinnen.

Privater Verbrauch derzeit Wachstumstreiber

Der private Verbrauch dürfte weiter merklich zulegen. In den vergangenen Quartalen hatten die gesunkenen Ölpreise die Kaufkraft der Konsumenten angeschoben und damit vorübergehend den Verbrauch beflügelt. Dieser Effekt fällt nun weitestgehend weg. Vor allem die Lohnsumme steigt kräftig und begünstigt die Einkommensentwicklung der Haushalte. Hinzu kommt, vor allem in den nächsten Quartalen, zusätzliche Konsumnachfrage im Zusammenhang mit Flüchtlingsmigration. Da die Flüchtlingszahlen annahmegemäß zurückgehen, verliert dieser Effekt aber an Bedeutung.

Im Schlussquartal dieses Jahres werden Transferausgaben erhöht: Die Nachzahlung des Kindergelds dürfte sich im Konsum niederschlagen. Somit wird dieser wohl auch zum Jahresende – trotz des vorangegangenen kräftigen Zuwachses – erneut spürbar ausgeweitet. Zwar entfällt dieser Impuls zu Jahresbeginn, dafür dürfte dann aber die Anhebung von Freibeträgen die verfügbaren Einkommen stützen.

Im gesamten Prognosezeitraum legt die Lohnsumme deutlich zu, um vier Prozent pro Jahr; die Abgaben – die von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Sozialbeiträge, vor allem aber die Lohnsteuer – steigen allerdings stärker, insgesamt um 5,0 Prozent in diesem Jahr, 4,7 Prozent im kommenden und 5,3 Prozent im Jahr 2017. Der Zuwachs im kommenden Jahr wird durch die Anhebung von Freibeträgen gedämpft, der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird dagegen steigen. Somit entwickelt sich die Lohnsumme netto zwar schwächer als brutto, mit durchschnittlich dreieinhalb Prozent aber deutlich dynamischer als die Preise.

Stärker als die Nettolöhne steigen die monetären Sozialleistungen. Dies hängt mit merklichen Rentenanhebungen zusammen, die im kommenden Jahr besonders stark ausfallen. Ebenfalls ins Gewicht fallen dürften die Transfers an Flüchtlinge. Die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen dürften – wie dieses Jahr – in den kommenden beiden Jahren um etwa zwei Prozent steigen; nach wie vor dämpfen die geringen Renditen auf festverzinsliche Anlagen.

Die Sparquote der privaten Haushalte ist in den vergangenen Quartalen im Trend leicht gestiegen; Verbraucherbefragungen deuten zwar darauf hin, dass sich diese Entwicklung fortsetzt, jahresdurchschnittlich macht sich dies jedoch kaum bemerkbar. Unterm Strich ergibt sich für dieses Jahr – auch wegen der geringen Teuerung – eine Ausweitung des privaten Konsums von knapp zwei Prozent. In den kommenden Jahren fallen die Zuwächse etwas geringer aus.

Ausrüstungsinvestitionen nur verhalten

Die Unternehmen haben ihre Ausrüstungsinvestitionen zuletzt eingeschränkt; wohl aufgrund der schwachen Weltkonjunktur dürften sie verhalten disponiert haben.³ Die bezüglich der weltwirtschaftlichen Entwick-

³ Bislang zeigen sich noch keine tiefgreifenden Konsequenzen des Skandals um manipulierte Abgaswerte von Dieselfahrzeugen des Volkswagenkonzerns. Volkswagen hat angekündigt, im kommenden Jahr weltweit Investitionen in der Höhe von einer Milliarde Euro zurückzustellen. Auch unter Berücksichtigung möglicher Effekte für die Zuliefererindustrie dürften die Konsequenzen für die Investitionstätigkeit in Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt unter dem Strich gering bleiben.

lung bestehende Unsicherheit könnte anhalten; zudem ist unklar, wie sich der Euroraum und auch die politische Ausrichtung der EU entwickeln. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie entspricht dem langjährigen Mittel, so dass Erweiterungsinvestitionen wohl erst zum Ende des Prognosezeitraums eine größere Rolle spielen. Hinzu kommt, dass der kräftige private Verbrauch auch bei den Dienstleistern die Investitionstätigkeit etwas ankurbeln dürfte. Zuletzt haben sich die inländischen Umsätze bei den Investitionsgüterherstellern merklich erholt. Deren Auftragseingänge hatten im Sommerhalbjahr noch stagniert, sind zuletzt aber deutlich gestiegen und auch die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller haben sich aufgehellt. Folglich dürften die Ausrüstungsinvestitionen allmählich Fahrt aufnehmen.

Bauinvestitionen entwickeln sich kräftig

Die Bautätigkeit schwenkt nach der insgesamt rückläufigen Bauproduktion im Sommerhalbjahr wieder auf einen kräftigen Expansionskurs ein – in erster Linie getragen vom Wohnungsbau. Die Zinsen für Baugeld befinden sich auf einem äußerst niedrigen Niveau, gleichzeitig sind die Renditen auf Anlagealternativen gering. Die Arbeitsmarkt- und Einkommensaussichten sind weiterhin positiv. Hinzu kommt, dass vor dem Hintergrund der starken Einwanderung deutlich mehr Wohnraum benötigt wird. In Ballungszentren ist die Nachfrage bereits jetzt deutlich größer als das Angebot. Auch im kommenden Jahr wird die Wohnungsbautätigkeit ihr Expansionstempo in etwa halten, im Jahr 2017 wird die Dynamik etwas abflachen (Tabelle 6).

Die Flüchtlingsmigration ist auch ein Impulsgeber für den ansonsten eher stagnierenden Wirtschafts-

Tabelle 6

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2014	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr					
Wohnungsbau	59,2	3,4	-0,7	3,3	2,6	2,5	1,8
Nichtwohnungsbau	40,8	-3,3	-1,5	2,4	-2,1	2,0	0,2
Gewerblicher Bau	28,8	-1,6	-2,2	2,3	-2,2	0,3	0,7
Öffentlicher Bau	12,0	-7,3	0,2	2,7	-2,0	6,2	-0,8
Bauinvestitionen	100,0	0,5	-1,1	2,9	0,7	2,3	1,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

bau. Kurzfristig muss die Unterbringung zunächst in Sammelunterkünften erfolgen, die zumeist von privaten Trägern in modularer Leichtbauweise errichtet werden. Daher ist im Wirtschaftsbau derzeit eine verstärkte Bautätigkeit zu beobachten – darauf deuten die Auftrags-eingänge im privaten Nichtwohnungsbau hin. Generell ist die Dynamik im Wirtschaftsbau allerdings gering: Die Baugenehmigungen sind mit Ausnahme der Handels- und Lagergebäude allesamt im Trend rückläufig. Dies passt zum gegenwärtigen konjunkturellen Bild einer in erster Linie konsumgetriebenen wirtschaftlichen Entwicklung.

Im öffentlichen Bau sind kräftige Impulse zu erwarten. Insbesondere die Initiativen zur Stärkung der kommunalen Investitionstätigkeit und dem Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sorgen für zusätzliche Nachfrage.⁴ Bei den öffentlichen Investitionen gibt es kaum zusätzliche Ausgaben in Zusammenhang mit der starken Flüchtlingsmigration. Nach einem Minus von zwei Prozent im laufenden Jahr ist für das Jahr 2016 mit einer kräftigen Expansion von gut sechs Prozent zu rechnen. Das nominale Niveau wird im Jahr 2017 wohl gehalten – der starke Preisaufrtrieb sorgt dann allerdings für einen Rückgang der realen öffentlichen Bauinvestitionen um knapp ein Prozent.

Angesichts der regen Bautätigkeit und der vollen Auftragsbücher ist für das kommende Jahr mit einem deutlichen Anziehen der Baupreise zu rechnen. Im Jahr 2015 hatten vor allem die niedrigen Rohstoffpreise den Preisaufrtrieb gedämpft. Ab dem kommenden Jahr dürften die Knappheiten zu einem Preisanstieg deutlich über zwei Prozent führen.

Importe steigen stärker als Exporte

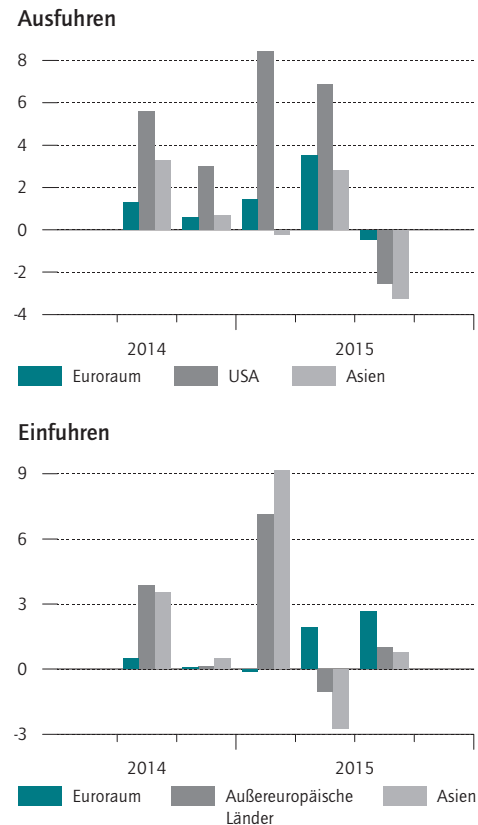
Die deutschen Exporte sind im dritten Quartal kaum gestiegen. In einige Regionen sind die Ausfuhren sogar gesunken – vor allem nach Asien, aber auch in die USA (Abbildung 6); besonders betroffen war der Maschinenbau. Die Exporterwartungen haben sich zuletzt aber wieder etwas aufgehellt und auch die Auftrags-eingänge aus dem Ausland weisen mittlerweile wieder auf stärker zunehmende Exporte hin. Selbst wenn die Weltwirtschaft im Vergleich zu den Jahren vor der Finanzkrise deutlich schwächer wächst: Die Dynamik in den Schwellenländern stabilisiert sich allmählich und die Nachfrage aus der EU nimmt im Prognosezeitraum stetig zu. Überdies entwickeln sich mit den USA und dem Vereinigten Königreich zwei der wichtigsten Absatzmärkte recht kräftig.

⁴ Vgl. den Bericht zur Finanzpolitik in dieser Ausgabe.

Abbildung 6

Außenhandel nach Regionen

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent



Quelle: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Importe legten zuletzt auf breiter Front zu, die Exporte in viele wichtige Regionen gingen zurück.

Die Importe sind im dritten Quartal kräftig ausgeweitet worden. Wegen der leichten Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen und wegen des kräftigen privaten Verbrauchs werden die Importe weiterhin etwas stärker steigen als die Exporte. Der Außenhandel wirkt zunächst dämpfend, da die Exporte vergleichsweise schwach laufen. Im späteren Verlauf legen die Exporte etwas mehr zu, so dass vom Außenhandel per saldo kein Impuls mehr ausgeht. Unterm Strich wird der Außenhandel in diesem Jahr einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten, im kommenden sowie im darauffolgenden Jahr dürfte er das Wachstum dämpfen, im Jahr 2017 allerdings nur geringfügig.

Die Terms of Trade haben sich in diesem Jahr – bedingt durch die gesunkenen Ölpreise – erheblich verbessert.

Ab dem Frühjahr läuft dieser Effekt aus. Im weiteren Verlauf dürften sich die Terms of Trade kaum verändern: Bei annahmegemäß steigenden Ölpreisen und kräftiger Importdynamik werden die Einfuhrpreise wohl steigen. Die Exportpreise dürften jedoch mit ähnlichen Raten zunehmen. Der Außenbeitrag wird in diesem Jahr

mit knapp acht Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung einen Rekordwert verzeichnen. Dazu tragen auch die Kostenersparnisse aufgrund der gesunkenen Energiepreise bei. Vor allem deswegen bleibt der Leistungsbilanzüberschuss im Prognosezeitraum beträchtlich und bildet sich nur leicht zurück.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Katharina Pijnenburg ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Maximilian Podstawski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

DOMESTIC DEMAND DRIVES GERMAN ECONOMY

Abstract: The German economy is expected to grow by 1.7 percent this year, and to maintain this pace in 2016 as well. The rate of growth should slow down slightly (to 1.5 percent) in 2017, but only because the number of working days will be lower due to the timing of public holidays.

The global economy is growing at a slower pace than it has been in recent years, but will pick up speed during the forecast period. The recessions in Russia and Brazil are coming to an end, China is orienting its economy toward more consumption—so far, without any major disruptions—and growth in the U.S. and the UK remains strong. The euro area is on the path to recovery, albeit at a moderate pace: Job creation, while modest, and an increase in real income are spurring demand in many countries. The global economy's average annual growth rate is expected to rise from

3.4 percent this year to 3.6 next year, and to 3.9 percent in the following year.

In Germany, strong private consumption is the primary growth driver. The main reason for this is the ongoing pattern of strong growth of the wage bill. In the coming year, however, the lower oil prices' ability to increase purchasing power will fall away—yet positive impulses will also arise as a result of the refugee influx. This is connected with the care, accommodation, and integration of refugees and with the consumption this creates, as well as with increased activity in the construction industry. In contrast, investment in equipment will develop only modestly. In addition to the overall slightly weaker global sales prospects, there are also domestic factors with dampening effects. Despite robust exports, foreign trade will not contribute to growth in net terms since the dynamic domestic economy is spurring imports more powerfully.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 bis 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,8	0,9	0,6	0,7	0,9	1,0	0,8	0,7	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,7	0,0	0,8	0,1	-1,5	-1,2	1,2	0,3	1,3
Arbeitstage	0,9	0,4	-0,8	0,0	1,8	1,6	-0,8	0,0	-1,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,0	1,3	0,7	0,8	1,2	1,3	1,2	1,0	0,3
Produktivität ¹	0,7	0,5	0,8	0,6	0,8	0,7	0,3	0,6	1,0
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,7	1,5	1,4	2,0	2,0	1,5	1,7	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 223,1	2 305,9	2 378,6	1 080,5	1 142,6	1 123,1	1 182,8	1 158,5	1 220,1
Private Haushalte ²	1 633,8	1 685,6	1 736,1	796,6	837,2	822,8	862,8	847,4	888,7
Staat	589,3	620,3	642,5	283,9	305,4	300,3	320,0	311,1	331,4
Anlageinvestitionen	605,6	629,2	652,5	290,2	315,4	301,3	327,9	313,7	338,7
Ausrüstungen	198,4	203,8	211,6	94,2	104,2	96,7	107,1	100,7	110,9
Bauten	298,8	312,2	322,9	143,3	155,5	149,5	162,8	155,6	167,3
Sonstige Anlageinvestitionen	108,4	113,1	118,0	52,7	55,7	55,1	58,1	57,4	60,5
Vorratsveränderung ³	-40,8	-46,6	-39,2	-7,8	-33,0	-11,5	-35,1	-6,4	-32,9
Inländische Verwendung	2 788,0	2 888,5	2 991,8	1 362,9	1 425,1	1 412,9	1 475,6	1 465,8	1 526,0
Außenbeitrag	237,0	238,1	235,1	119,6	117,4	122,9	115,2	122,1	113,0
Exporte	1 421,8	1 468,8	1 537,0	698,5	723,3	721,7	747,1	757,9	779,2
Importe	1 184,8	1 230,7	1 301,9	578,9	605,9	598,8	632,0	635,7	666,1
Bruttoinlandsprodukt	3 024,9	3 126,6	3 227,0	1 482,5	1 542,5	1 535,9	1 590,8	1 587,9	1 639,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,1	3,7	3,2	3,0	3,2	3,9	3,5	3,1	3,2
Private Haushalte ²	2,6	3,2	3,0	2,6	2,6	3,3	3,1	3,0	3,0
Staat	4,5	5,3	3,6	3,8	5,1	5,8	4,8	3,6	3,6
Anlageinvestitionen	3,5	3,9	3,7	2,8	4,1	3,8	4,0	4,1	3,3
Ausrüstungen	4,5	2,7	3,8	4,1	5,0	2,7	2,7	4,1	3,5
Bauten	2,4	4,5	3,4	1,3	3,4	4,3	4,7	4,1	2,8
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,3	4,3	4,8	4,7	4,4	4,3	4,3	4,3
Inländische Verwendung	2,5	3,6	3,6	1,9	3,1	3,7	3,5	3,7	3,4
Exporte	6,6	3,3	4,6	7,0	6,3	3,3	3,3	5,0	4,3
Importe	4,2	3,9	5,8	4,0	4,4	3,4	4,3	6,2	5,4
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,4	3,2	3,5	4,0	3,6	3,1	3,4	3,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 062,9	2 109,9	2 142,3	1 008,6	1 054,2	1 034,5	1 075,4	1 051,4	1 090,9
Private Haushalte ²	1 532,5	1 562,5	1 585,5	748,3	784,2	764,7	797,7	776,3	809,3
Staat	530,3	547,2	556,5	260,3	270,0	269,6	277,6	274,9	281,6
Anlageinvestitionen	558,0	571,2	583,7	267,5	290,5	273,9	297,3	280,9	302,8
Ausrüstungen	194,5	199,3	206,4	91,8	102,7	94,0	105,3	97,6	108,8
Bauten	264,2	270,2	273,5	127,1	137,1	130,1	140,1	132,4	141,1
Sonstige Anlageinvestitionen	99,6	102,0	104,5	48,6	50,9	49,8	52,2	51,1	53,4
Inländische Verwendung	2 585,1	2 640,7	2 687,2	1 272,6	1 312,6	1 302,5	1 338,3	1 328,2	1 359,0
Exporte	1 352,5	1 395,6	1 451,6	664,3	688,2	686,8	708,7	716,7	734,9
Importe	1 153,2	1 204,2	1 265,6	562,0	591,2	586,8	617,5	618,8	646,8
Bruttoinlandsprodukt	2 783,1	2 831,7	2 874,4	1 374,2	1 408,9	1 402,0	1 429,7	1 426,2	1 448,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,1	2,3	1,5	2,0	2,2	2,6	2,0	1,6	1,4
Private Haushalte ²	1,9	2,0	1,5	2,0	1,9	2,2	1,7	1,5	1,5
Staat	2,6	3,2	1,7	2,1	3,1	3,6	2,8	2,0	1,4
Anlageinvestitionen	2,1	2,4	2,2	1,4	2,8	2,4	2,3	2,6	1,8
Ausrüstungen	4,1	2,4	3,6	3,6	4,5	2,3	2,5	3,9	3,3
Bauten	0,7	2,3	1,2	-0,5	1,7	2,4	2,2	1,8	0,7
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,4	2,4	2,7	2,7	2,5	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,2	1,8	1,1	2,0	2,3	2,0	2,0	1,5
Exporte	5,5	3,2	4,0	5,7	5,3	3,4	3,0	4,3	3,7
Importe	5,8	4,4	5,1	5,6	6,0	4,4	4,4	5,5	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,7	1,5	1,4	2,0	2,0	1,5	1,7	1,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 bis 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,7	1,2	1,5	0,6	0,7	1,1	1,3	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,8	2,0	1,9	1,7	1,9	2,1	1,9	1,6	2,1
Anlageinvestitionen	1,3	1,5	1,5	1,4	1,3	1,4	1,6	1,5	1,4
Ausrüstungen	0,4	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2
Bauten	1,7	2,2	2,2	1,8	1,6	1,9	2,4	2,3	2,1
Exporte	1,1	0,1	0,6	1,3	0,9	-0,1	0,3	0,6	0,6
Importe	-1,5	-0,5	0,7	-1,5	-1,4	-0,9	-0,1	0,7	0,6
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,6	1,7	2,0	2,0	1,5	1,6	1,6	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 122,5	2 197,1	2 272,4	1 042,0	1 080,5	1 081,6	1 115,6	1 116,2	1 156,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	281,1	292,5	304,3	135,8	145,4	141,3	151,2	147,0	157,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 261,6	1 312,7	1 365,7	601,6	660,1	626,0	686,7	651,6	714,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	579,7	592,0	602,4	304,7	275,1	314,4	277,6	317,6	284,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	438,2	456,2	472,6	198,0	240,1	209,4	246,8	222,5	250,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 560,7	2 653,4	2 745,0	1 240,0	1 320,6	1 291,0	1 362,4	1 338,7	1 406,2
Abschreibungen	530,9	543,2	556,4	264,4	266,6	270,2	273,0	276,8	279,6
Bruttonationaleinkommen	3 091,6	3 196,6	3 301,4	1 504,4	1 587,2	1 561,2	1 635,4	1 615,5	1 685,9
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 264,5	2 347,1	2 430,4	1 093,5	1 171,0	1 139,6	1 207,5	1 183	1 247
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	721,7	741,9	760,4	356,2	365,6	372,4	369,6	385	376
Arbeitnehmerentgelt	1 542,8	1 605,2	1 670,0	737,3	805,4	767,2	837,9	799	871
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,5	3,4	3,3	3,3	3,8	3,2	3,2	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,5	4,0	4,0	3,2	3,8	4,0	4,0	4,1	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,0	4,0	3,9	4,0	4,1	4,0	4,1	4,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,8	2,1	1,8	2,3	1,2	3,2	0,9	1,0	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	6,9	4,1	3,6	4,2	9,3	5,8	2,8	6,3	1,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	3,6	3,5	3,5	4,3	4,1	3,2	3,7	3,2
Abschreibungen	2,5	2,3	2,4	2,7	2,4	2,2	2,4	2,4	2,4
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,4	3,3	3,3	4,0	3,8	3,0	3,5	3,1
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	4,1	3,6	3,5	3,6	4,5	4,2	3,1	3,8	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,5	2,8	2,5	3,2	5,8	4,5	1,1	3,3	1,7
Arbeitnehmerentgelt	3,9	4,0	4,0	3,7	4,0	4,1	4,0	4,1	4,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 258,8	1 306,9	1 357,0	607,3	651,6	627,9	679,0	655	702
Nettolöhne- und -gehälter	835,8	866,8	895,9	394,6	441,2	409,1	457,6	424	472
Monetäre Sozialleistungen	522,8	544,1	569,4	262,0	260,8	270,2	273,9	285	285
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	99,8	103,9	108,3	49,4	50,4	51,4	52,5	54	55
Übrige Primäreinkommen ⁴	579,7	592,0	602,4	304,7	275,1	314,4	277,6	318	285
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-82,3	-86,7	-91,4	-40,5	-41,8	-42,6	-44,1	-45	-46
Verfügbares Einkommen	1 756,2	1 812,2	1 868,1	871,4	884,8	899,7	912,6	927	941
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	50,6	51,5	52,5	25,0	25,6	25,4	26,1	26	27
Konsumausgaben	1 633,8	1 685,6	1 736,1	796,6	837,2	822,8	862,8	847	889
Sparen	173,0	178,1	184,5	99,7	73,2	102,3	75,9	106	79
Sparquote in Prozent ⁷	9,6	9,6	9,6	11,1	8,0	11,1	8,1	11,1	8,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,4	3,8	3,8	3,5	3,2	3,4	4,2	4,3	3,4
Nettolöhne- und -gehälter	3,4	3,7	3,4	3,3	3,6	3,7	3,7	3,6	3,2
Monetäre Sozialleistungen	3,4	4,1	4,7	4,0	2,8	3,1	5,0	5,4	4,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	4,2	4,1	4,2	4,5	3,9	4,1	4,2	4,2	4,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,8	2,1	1,8	2,3	1,2	3,2	0,9	1,0	2,6
Verfügbares Einkommen	2,7	3,2	3,1	2,9	2,5	3,2	3,1	3,1	3,1
Konsumausgaben	2,6	3,2	3,0	2,6	2,6	3,3	3,1	3,0	3,0
Sparen	3,2	3,0	3,6	4,4	1,6	2,5	3,6	3,6	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 bis 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	692,0	714,7	742,9	345,9	346,1	359,9	354,8	373,4	369,5
direkte Steuern	369,2	381,0	400,1	186,2	183,1	194,9	186,1	203,8	196,3
indirekte Steuern	322,8	333,7	342,8	159,7	163,0	165,0	168,7	169,6	173,2
Nettosozialbeiträge	500,6	522,7	544,1	243,0	257,7	253,5	269,1	264,2	279,9
Vermögenseinkommen	21,5	21,5	21,4	12,8	8,7	12,7	8,9	12,6	8,8
Laufende Übertragungen	19,2	19,5	19,9	8,9	10,3	9,1	10,4	9,3	10,7
Vermögenstransfers	12,8	12,4	11,9	5,2	7,6	5,0	7,4	4,6	7,3
Verkäufe	103,2	104,6	106,1	48,6	54,6	49,3	55,3	50,0	56,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 349,5	1 395,6	1 446,6	664,5	685,0	689,6	706,1	714,1	732,5
Ausgaben									
Vorleistungen	143,5	150,6	153,2	64,9	78,6	69,2	81,3	70,2	82,9
Arbeitnehmerentgelte	231,6	239,6	244,1	110,9	120,7	114,7	124,9	116,8	127,3
Soziale Sachleistungen	253,8	269,7	284,9	124,6	129,2	132,8	136,9	140,3	144,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	47,2	45,3	43,9	24,3	22,9	23,3	22,0	22,6	21,3
Subventionen	26,6	27,4	28,2	13,2	13,4	13,6	13,8	14,0	14,2
Monetäre Sozialleistungen	469,0	489,9	514,1	234,8	234,2	243,0	246,9	256,9	257,2
Sonstige laufende Transfers	62,8	63,2	68,2	37,1	25,7	37,3	26,0	40,3	27,8
Bruttoinvestitionen	64,1	68,9	69,7	27,9	36,1	29,7	39,2	30,0	39,6
Vermögenstransfers	28,4	29,1	29,2	11,9	16,5	12,3	16,9	12,3	17,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-6,5	-1,4	-1,4	-5,7	-0,8	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1 320,5	1 382,4	1 434,1	643,9	676,6	675,2	707,1	702,9	731,1
Finanzierungssaldo	29,0	13,3	12,5	20,6	8,4	14,3	-1,1	11,2	1,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,9	3,3	3,9	5,4	4,4	4,0	2,5	3,7	4,1
direkte Steuern	6,8	3,2	5,0	7,6	6,1	4,7	1,7	4,6	5,5
indirekte Steuern	2,8	3,4	2,7	3,0	2,6	3,3	3,5	2,8	2,7
Nettosozialbeiträge	3,9	4,4	4,1	4,0	3,8	4,4	4,4	4,2	4,0
Vermögenseinkommen	-14,2	0,4	-0,8	-17,6	-8,6	-0,8	2,1	-0,8	-0,9
Laufende Übertragungen	0,5	1,4	2,3	2,0	-0,7	1,5	1,3	2,2	2,4
Vermögenstransfers	5,1	-3,2	-3,9	10,2	1,8	-4,3	-2,4	-8,0	-1,2
Verkäufe	1,6	1,4	1,4	2,2	1,1	1,4	1,4	1,4	1,4
Sonstige Subventionen	-13,9	0,0	0,0	-21,6	-7,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,8	3,4	3,6	4,1	3,6	3,8	3,1	3,6	3,7
Ausgaben									
Vorleistungen	3,6	4,9	1,7	2,7	4,3	6,6	3,5	1,4	2,0
Arbeitnehmerentgelte	3,1	3,5	1,9	2,7	3,5	3,5	3,5	1,9	1,9
Soziale Sachleistungen	5,7	6,3	5,6	5,2	6,1	6,6	6,0	5,7	5,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-8,3	-4,0	-3,2	-8,2	-8,4	-4,4	-3,7	-3,0	-3,3
Subventionen	4,3	3,0	3,0	5,7	3,1	3,0	3,0	3,0	3,0
Monetäre Sozialleistungen	4,0	4,5	4,9	4,5	3,4	3,5	5,4	5,7	4,2
Sonstige laufende Transfers ⁹	1,2	0,4	4,9	1,3	-0,1	0,1	0,3	3,0	1,9
Bruttoinvestitionen	1,3	7,5	1,1	-0,4	2,7	6,4	8,3	1,1	1,2
Vermögenstransfers ⁹	-7,5	0,7	0,1	0,9	-8,4	0,4	0,4	0,1	0,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	-5,2	5,1	0,0	-5,1	-0,1	5,1	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,3	4,7	3,7	2,6	2,0	4,9	4,5	4,1	3,4

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



Dr. Simon Junker, Stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

ACHT FRAGEN AN SIMON JUNKER

»Die deutsche Wirtschaft wächst leicht überdurchschnittlich«

1. Herr Junker, mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie für die deutsche Wirtschaft? Die Zuwächse der deutschen Wirtschaft werden in den nächsten Quartalen leicht überdurchschnittlich sein. Das hängt aber auch mit Sondereffekten zusammen, beispielsweise einem höheren Konsum, auch aufgrund der steigenden Zahl der Flüchtlinge. Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um etwa 1,7 Prozent zulegen, im nächsten Jahr wird der Wert in etwa ähnlich ausfallen. Im darauf folgenden Jahr wird es kalenderbedingt durch weniger zur Verfügung stehende Arbeitstage etwas weniger sein.
2. Was sind die wesentlichen Stützen des deutschen Wachstums? Der Außenbeitrag wird per saldo nicht viel zum Wachstum beitragen. Selbstverständlich ist der Export, der sich im Verlauf einigermaßen entwickeln wird, weiterhin sehr wichtig für die deutsche Wirtschaft, aber zurzeit ist vor allem der private Verbrauch ein Wachstumstreiber.
3. Wie ist das zu erklären? Der private Konsum entwickelt sich im Moment sehr gut. Das hängt zum einen mit der guten Arbeitsmarktentwicklung zusammen. Aber man darf dabei auch nicht den Blick auf die längere Frist vergessen. Wenn man sich den Konsum anschaut, der jetzt durch Sondereffekte angeschoben wird, dann stellt sich das Bild viel zu günstig dar. Im Prinzip ist der Konsum gemessen an der Wirtschaftsleistung über die letzten Jahre hinweg noch zu schwach, und man müsste eigentlich versuchen, den Konsum nachhaltiger zu stärken.
4. Die niedrigen Energiepreise haben einen Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Jahr bislang gedämpft. Bleibt das so? Der Preisauftrieb ist relativ verhalten. Der gesunkene Ölpreis hat in diesem Jahr trotz starker Schwankungen einen Teil dazu beigetragen und die Verbraucher deutlich entlastet. Aber dieser Effekt läuft aus und spielt keine Rolle mehr. Nichtsdestotrotz werden die Preise nur sehr verhalten zulegen.
5. Wie beurteilen Sie das weltwirtschaftliche Umfeld? Die Weltwirtschaft hat an Fahrt verloren; das kommt aber nicht ganz unerwartet. Die gute Nachricht ist, dass China

die Transformation zu einer mehr konsumorientierten Wirtschaft scheinbar ohne größere konjunkturelle Einbrüche vollzieht. Die Rezession in Russland und Brasilien nähert sich dem Ende, auch in Japan ist sie offenbar abgeschlossen, und wichtige Industrieländer wie die USA und das Vereinigte Königreich wachsen recht kräftig.

6. Was bedeutet das für die deutsche Exportwirtschaft? Zuletzt haben auch die deutschen Exporte ein bisschen Federn lassen müssen, trotzdem laufen sie sehr gut. Das hängt auch mit der Abwertung des Euro-Wechselkurses seit Mitte vergangenen Jahres zusammen. Davon profitieren wir zurzeit noch, aber das ist ein Effekt, der nicht lange mehr anhalten wird.
7. Wie sieht es bei den Investitionen aus? Die Investitionen laufen relativ verhalten, zuletzt waren sie sogar rückläufig. Das mag natürlich auch mit der schwächeren Weltkonjunktur zusammenhängen, die das Bild ein bisschen trübt. Dennoch gibt es aber auch heimische Faktoren, die die Investitionstätigkeit bremsen. Zum einen sind fehlende öffentliche Investitionen als Voraussetzung für private Investitionen natürlich immer unerlässlich, aber investitionsfreundliche Reformen stehen noch an. Zudem haben wir abgesehen von Sondereffekten auch beim privaten Verbrauch keine wirklich kräftige Dynamik. Wenn der Konsum nachhaltig etwas dynamischer wäre, würde das auch in den dienstleistungsnahen Bereichen die Investitionen anregen.
8. Der Wohnraum in Ballungsräumen ist knapp, jetzt müssen immer mehr Flüchtlinge untergebracht werden. Welche Auswirkungen hat das auf die Bauwirtschaft? Die steigende Zahl an Flüchtlingen, die ja auch Unterkünfte brauchen, wird Auswirkungen im privaten Wohnungsbau, aber auch im Wirtschaftsbaubereich haben. Unternehmen werden investieren, um Investitionsobjekte vermieten oder veräußern zu können. Die Flüchtlingszahlen werden der Bauwirtschaft sicherlich einen positiven Impuls geben.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Finanzpolitik: Haushaltsspielräume werden enger – umso wichtiger sind jetzt richtige Ausgabeentscheidungen

Von Kristina van Deuverden

Die öffentlichen Haushalte dürften auch in den Jahren 2016 und 2017 mit Überschüssen abschließen, allerdings sinken diese: Ab Mitte des kommenden Jahres wird der Zustrom von Asylsuchenden zunehmend die Ausgaben des Bundes steigen lassen; auf kommunaler Ebene haben die Ausgaben bereits kräftig zugelegt und werden im kommenden Jahr nochmals spürbar zunehmen.

Die Kommunen dürften vielfach schon an ihre Grenzen stoßen. Dabei müssen sie die aktuellen Herausforderungen meistern und gleichzeitig eine zukunftsorientierte Finanzpolitik betreiben: So sind sie es, die den größten Teil der Sachinvestitionen zu verantworten haben. Fahren sie ihre Investitionstätigkeit zurück, vergrößert sich der Investitionsrückstand. Der Bund musste handeln und hat auch bereits konkrete Zusagen gemacht. Diese engen seinen eigenen Spielraum deutlich ein. Dadurch besteht auf Bundesebene nun die Gefahr, dass eine Politik, die in den vergangenen Jahren von dem Primat der „schwarzen Null“ geprägt war, versucht sein könnte, unter allen Umständen hinterherzusparen.

Notwendig ist dies nach der hier vorgelegten Prognose nicht, zumal die Haushaltsregeln einen gewissen Spielraum bieten. Auf wachstumsfördernde Ausgaben muss demnach nicht verzichtet werden. Zudem sollten Maßnahmen ergriffen werden, um eine Verfestigung von Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen zu verhindern. Die zeitlichen Abläufe der Verfahren müssen beschleunigt und Mittel für Bildung und Ausbildung bereitgestellt werden, denn je schneller und je besser eine Integration gelingt, desto höher sind potentielle Gewinne für die deutsche Gesellschaft.

Der vorliegende Bericht stellt die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland im Detail dar. Diese Entwicklung beruht auf der im ersten Artikel dieses Wochenberichts dargelegten gesamtwirtschaftlichen Vorhersage für die Jahre 2015, 2016 und 2017. Gleichzeitig sind die Entwicklung der öffentlichen Finanzen, vor allem aber die diskretionären Eingriffe des Staates eine wesentliche Rahmenbedingung für die Konjunkturprognose.

Die hier vorgelegte Schätzung der öffentlichen Finanzen weicht gravierend von der im Stabilitätsrat in der vergangenen Woche diskutierten Haushaltsentwicklung ab. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen basiert die hier vorgelegte Prognose auf dem Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Dies kann dazu führen, dass Vorgänge zu unterschiedlichen Zeitpunkten gebucht werden. Im kommenden Jahr dürften beispielsweise die Steuereinnahmen in finanzstatistischer Abgrenzung infolge richterlicher Entscheidungen um gut vier Milliarden Euro geringer ausfallen; in den VGR führten diese Urteile hingegen im Jahr 2014 zu höheren Ausgaben. Zum anderen scheint die Finanzlage der Länder, wie sie vom Stabilitätsrat zu Grunde gelegt wird, eher pessimistisch eingeschätzt worden zu sein. Möglicherweise spielen hier taktische Gründe in Bezug auf die Verhandlungen im Länderfinanzausgleich eine Rolle. Darüber hinaus scheint die von der Politik zu Grunde gelegte Beschäftigungsentwicklung etwas schwächer zu sein, als in den Wintergrundlinien des DIW Berlin vorhergesagt. Basierend auf diesen Eckwerten werden die Sozialversicherungen insgesamt in beiden Jahren mit einem Überschuss abschließen, obwohl die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung angespannt ist und die Rentenversicherung mit einem Defizit abschließt.

Öffentliche Haushalte weiter mit Überschüssen – aber nicht auf allen Ebenen

Nach wie vor hohe Einnahmedynamik, ...

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist nach wie vor günstig. Die Einnahmen des Staates nehmen im Prognosezeitraum deutlich zu. Die Steuereinnahmen expandieren kräftig, wenngleich ihre Dynamik im Jahr 2016 etwas geringer ist. Die Lohnsteuer wird im Prognosezeitraum merklich zulegen, denn die Lohnsumme steigt spürbar. Um die Folgen der kalten Progression¹ einzudämmen, werden allerdings der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag angehoben (Tabelle 1); dadurch wird die Entwicklung der Lohnsteuer im kommenden Jahr gedämpft.²

Die veranlagte Einkommensteuer hat im Verlauf des Jahres 2015 ein wenig an Dynamik verloren – möglicherweise hat die Einführung des Mindestlohns die Gewinne der Personenunternehmen etwas belastet. In den kommenden zwei Jahren dürften die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer allerdings wieder ein wenig kräftiger expandieren, auch wenn sich die Gewinne eher verhalten entwickeln. Die Körperschaftsteuer legte im laufenden Jahr stärker zu; bei den Kapitalgesellschaften scheint die Gewinnentwicklung etwas besser gewesen zu sein. Auch in den kommenden Jahren werden die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer in Abgrenzung der VGR spürbar zulegen.³ Die anderen Gewinnsteuern expandieren ebenfalls merklich. Alles in allem entwickeln sich die direkten Steuern dynamisch. Die indirekten Steuern entwickeln sich schwächer, vor allem weil sie in den meisten Fällen mengenbasiert sind. Die Steuern vom Umsatz werden allerdings spürbar expandieren, denn der private Verbrauch nimmt merklich zu.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen steigen ebenfalls kräftig. Der Beschäftigungsaufbau findet nach wie vor im

Tabelle 1

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2014

	2015	2016	2017
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-2,1	-3,3
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2015 und 2016	-0,8	-5,5	-5,2
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,2	0,2
Jahressteuergesetz 2013	-0,8	-0,8	-0,8
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,0	0,0	0,0
Ausweitung der LkW-Maut	0,1	0,4	0,4
zusätzliche investive Ausgaben	-1,4	-4,0	-2,8
Betreuungsgeld	-0,5	-0,5	-0,5
Erhöhung der Bafög-Leistungen		-0,1	-0,3
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2015 um 0,2 Prozentpunkte	-3,9	-4,0	-4,1
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte	3,8	3,9	4,0
Senkung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2015 um 0,1 Prozentpunkt	-1,2	-1,3	-1,3
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2016 um 0,3 Prozentpunkte		-4,0	-4,1
Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ⁴	-6,5	-6,7	-6,9
Gesetz zur Neuausrichtung der sozialen Pflegeversicherung	-0,8	-0,8	-0,8
Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung	-2,4	-2,4	-2,4
Krankenhausstrukturgesetz		-1,0	-0,9
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,9	-1,5	-2,2
Insgesamt	-16,0	-30,0	-31,0
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,5	-1,0	-1,0

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013, Jahressteuergesetz 2015.

3 Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages.

4 Mütterrente, abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte mit 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente, Änderungen bei der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, Änderungen bei den Leistungen für Rehabilitation.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

1 Siehe dazu auch den Begriff „Kalte Progression“ im DIW Glossar: diw.de/de/diw_01.c.412410.de/presse/diw_glossar/kalte_progression.html.

2 Die Freibeträge werden für die Jahre 2015 und 2016 angehoben. Im Jahr 2015 wird die Steuerentlastung rückwirkend zum ersten Januar mit der Gehaltsabrechnung im Dezember vorgenommen. Die kassenmäßigen Steuermindereinnahmen fallen daher erst im kommenden Jahr an. In beiden Jahren wird zudem das Kindergeld erhöht – im Jahr 2015 geschah dies im September rückwirkend zum Jahresanfang. In Abgrenzung der VGR schlagen sich solche Erhöhungen zum Teil im Steueraufkommen nieder, der andere Teil erhöht die monetären Sozialleistungen. In finanzstatistischer Abgrenzung mindert das Kindergeld die Steuereinnahmen hingegen vollständig.

3 In finanzstatistischer Abgrenzung werden die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer hingegen im kommenden Jahr spürbar zurückgehen. Der Grund ist ein Urteil aus dem Jahr 2014 zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage bei der Rückgabe von Fondsanteilen. In den VGR sind die Auswirkungen richterlicher Entscheidungen auf die öffentlichen Haushalte zum Zeitpunkt des Urteils – in diesem Fall also im Jahr 2014 – zu berichten. Ähnliches gilt für die Gewerbesteuer. Die tatsächlichen Steuerausfälle dürften die öffentlichen Kassen hingegen im kommenden Jahr belasten – dann wird in Abgrenzung der VGR eine Gegenbuchung vorgenommen.

sozialversicherungspflichtigen Bereich statt und die Löhne nehmen deutlich zu. Im Jahr 2016 erhöht sich zudem der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung. Der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung, der von einigen Krankenkassen zu Beginn des laufenden Jahres aus wettbewerblichen Gründen leicht gesenkt worden war, dürfte merklich angehoben werden, denn bei vielen Krankenkassen hat sich die Finanzlage mittlerweile deutlich eingetrübt. Für das Jahr 2017 wird angenommen, dass der kumulierte Beitragssatz konstant bleibt.

Die sonstigen Einnahmen des Staates werden sich im Prognosezeitraum eher verhalten entwickeln. So haben die Einnahmen des Staates aus Verkäufen seit Beginn dieses Jahres nur wenig zugenommen. Dies kann al-

Kasten 1

Abschätzung budgetärer Effekte aufgrund des Flüchtlingszustroms

Im Jahr 2015 sind bis Ende November bereits 965 000 Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Das verlangt von der Politik angemessene Reaktionen für die Unterbringung und Eingliederung der Flüchtlinge. Diese werden Auswirkungen auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen haben. Bund, Länder und Kommunen brauchen daher eine Planungsgrundlage für die in den Haushalten anfallenden Ausgaben, auch wenn dies noch immer schwierig ist. Wegen vieler Unwägbarkeiten kann eine Schätzung der auf den Staatssektor zukommenden Kosten nur auf einer Vielzahl von Setzungen und Annahmen basieren, die – obgleich bestmöglich gewählt – nur eine von vielen Möglichkeiten darstellen.¹ Bereits kleine Änderungen dieser Annahmen können deutliche Auswirkungen auf die bezifferten Kosten haben. Aus diesen Gründen sollen die getroffenen Annahmen transparent dargelegt werden.

Angenommen ist, dass im Jahr 2015 etwa 1,1 Millionen, im Jahr 2016 800 000 und im Jahr 2017 noch einmal 500 000 Personen in Deutschland Asyl suchen werden. Aufgrund des großen Zustroms von Asylsuchenden konnten im Jahr 2015 mehr und mehr Menschen nicht sofort nach Grenzübertritt einen Antrag auf Asyl stellen; sie mussten zum Teil einige Wochen warten, denn die Kapazitäten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge waren erschöpft. Es bildete sich ein großer Rückstau bei der Verfahrensaufnahme. In dieser Prognose ist unterstellt, dass dieser Rückstau bis zum Ende des Prognosezeitraums nach und nach aufgelöst wird. Zudem ist angenommen, dass die durchschnittliche Dauer der Asylverfahren auf fünf Monate gesenkt werden kann, nachdem sie 2014 noch bei 11,3 Monaten lag.

¹ Vgl. Fichtner, F. et al. (2015): Herbstgrundlinien 2015. DIW Wochenbericht Nr. 38/2015.

Zudem wird angenommen, dass die Flüchtlinge in der Regel zwei Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung verweilen.² In den Einrichtungen müssen die Menschen versorgt werden, es fallen Ausgaben für die Miete von Immobilien oder Containern an. Werden Unterkünfte oder Erstaufnahmeeinrichtungen von privaten Anbietern bereitgestellt, so werden quasi Vorleistungen gekauft. Während dieser Zeit besteht ein Anspruch der Bewerber auf ein Taschengeld.

Im Anschluss daran ziehen die Asylbewerber entweder in eine eigene Wohnung oder in eine Gemeinschaftsunterkunft. Bis zum Verfahrensabschluss erhalten sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. In der Vergangenheit haben die meisten Länder vor allem Geldleistungen gewährt, auch weil dies administrativ leichter zu handhaben ist. In dieser Prognose ist angenommen, dass die meisten Länder an dieser Praxis festhalten werden,³ einige Länder dürften aber auch vermehrt Sachleistungen gewähren; in Berlin erhalten Asylsuchende beispielsweise seit kurzem eine Monatsfahrkarte für den Nahverkehr.⁴ Asylbewerber haben – wie

² Ankommende Flüchtlinge müssen sich in Erstaufnahmeeinrichtungen registrieren lassen und sollen dort für maximal drei Monate bleiben. Wie lang die durchschnittliche Verweildauer tatsächlich ist, lässt sich mangels erforderlicher Daten nicht abschätzen, zumal die derzeitigen Verzögerungen bei der Aufnahme der Verfahren die Aufenthaltsdauer in den Einrichtungen verlängern dürfte.

³ Damit erscheinen diese Gelder in Abgrenzung der VGR bei den monetären Sozialleistungen und nicht beim Staatskonsum. Die Höhe des Finanzierungssaldos wird durch diese Entscheidung nicht berührt. Da die Asylsuchenden die Transferzahlungen zudem nahezu vollständig für privaten Konsum verwenden dürften, bleibt auch die Höhe des Konsums insgesamt davon unberührt, lediglich die ausgewiesenen Anteile des Staates und der privaten Haushalte sind andere.

⁴ Dafür werden ihre Geldleistungen um 26 Euro pro Monat gekürzt.

lerdings durch Abgrenzungsprobleme begründet sein.⁴ Die empfangenen Vermögenseinkommen werden merklich zurückgehen, denn die in Abgrenzung der VGR berichteten Erbschaftsteuereinnahmen sinken in beiden Jahren deutlich.⁵

⁴ Nach den Vorschriften der VGR sind öffentliche Unternehmen oder Fonds dem Staatssektor zuzuordnen, wenn sie über einen aussagefähigen Mehrjahreszeitraum mehr als 50 Prozent ihrer Kosten durch Verkaufserlöse decken. Die Abgrenzung des Staatssektors ändert sich dadurch zu Beginn jedes Jahres. In der Statistik werden rückwirkende Anpassungen jeweils im August vorgenommen, allerdings nur für vier Jahre. Für einige Einnahme- und Ausgabegrößen hat die geänderte Abgrenzung nur geringe Bedeutung. Bei anderen – wie den Verkäufen, Vorleistungen oder empfangenen Vermögenseinkommen – ist ein zeitlicher Vergleich stärker eingeschränkt.

⁵ Aufgrund eines für Ende des Jahres 2014 erwarteten Urteils waren viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen worden. In der Folge stiegen die

Alles in allem werden die Einnahmen im Jahr 2015 wohl um 3,8 Prozent steigen. In den Jahren 2016 legen sie um voraussichtlich 3,4 Prozent zu, im Jahr 2017 um 3,6 Prozent.

... die Ausgabendynamik ist allerdings höher, ...

Die Ausgaben werden kräftig zunehmen. So werden die Arbeitnehmerentgelte in allen Jahren des Prognosezeitraums deutlich steigen. Zu Beginn des laufen-

Einnahmen aus der Erbschaftsteuer im vergangenen Jahr um über zwölf Prozent. Im laufenden Jahr dürften noch viele dieser Fälle abgearbeitet werden. Wenn die vorgezogenen Schenkungen im weiteren Prognosezeitraum nach und nach entfallen, wird das Erbschaftsteuereinkommen daher temporär deutlich sinken.

heimische Hilfeempfänger auch – zudem Anspruch auf Hilfen in besonderen Lebenslagen oder darauf, die sogenannten Kosten der Unterkunft (Miete und Nebenkosten) ersetzt zu bekommen.

Ferner ist in dieser Prognose angenommen, dass die Schutzquote – der Anteil der Asylbewerber, die anerkannt werden – auf 50 Prozent steigt und dort verharrt. Anerkannte Asylbewerber haben bei Bedürftigkeit Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Außerdem können sie allgemeine Transferleistungen, beispielsweise Kindergeld, beanspruchen. Ein Teil der abgelehnten Asylbewerber erhält aus humanitären und politischen Gründen einen Duldungsstatus. In den vergangenen Jahren sind viele Länder außerdem dazu übergegangen, auch abgelehnte Bewerber, bei denen diese Gründe nicht vorlagen, für längere Zeit zu dulden. In dieser Prognose ist angenommen, dass – wie in der Vergangenheit – etwa fünf Prozent der abgelehnten Asylbewerber geduldet werden. Geduldete Flüchtlinge erhalten weiterhin Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und haben unter Umständen Anspruch auf weitere Hilfen.

Auf der Grundlage der unterstellten weiteren Monatlichen Zuwanderung, der Verfahrensdauer und der Schutzquote lässt sich ableiten, wie viele Personen zu welchem Zeitpunkt Anspruch auf welche Leistung haben. Da die Höhe von Transferleistungen in Deutschland im Allgemeinen an dem Status des Empfängers ausgerichtet ist – einem Haushaltsvorstand wird beispielsweise eine höhere Summe als einem Familienangehörigen zuerkannt –, müssen weitere Annahmen hinsichtlich der Zusammensetzung der Gruppe der Flüchtlinge gemacht werden. Es wird angenommen, dass die Altersverteilung und die Familienstruktur der Asylsuchenden jener im Jahr 2014 gleichen.

Neben den Transferleistungen entstehen dem Staat weitere Ausgaben. Beschlossen ist bereits, dass das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie bei der Bundespolizei aufgestockt wird. Es entstehen Verwaltungskosten und Ausgaben für die Unterbringung beispielsweise in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Zudem werden die Asylsuchenden – zu Beginn überdurchschnittlich – Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Vor allem in den Jahren 2015 und 2016 dürften auch einmalige Ausgaben, beispielsweise für den Kauf von Möbeln, anfallen. All dies erhöht den Staatskonsum.⁵ Weitere Bedarfe zeichnen sich ab: Es müssen Gelder für die Eingliederung von Flüchtlingen bereitgestellt, Sprachkurse angeboten oder schulpflichtige Kinder integriert werden.

Auf Grundlage all dieser Setzungen lassen sich die Bruttokosten des Staates bestimmen. Diesen Kosten stehen auch Einnahmen gegenüber. Der private Konsum wird durch den Zustrom von Menschen zunehmen und damit auch die Mehrwertsteuer-einnahmen. Sobald anerkannte Flüchtlinge Beschäftigung gefunden haben, zahlen sie Lohnsteuer und Sozialbeiträge. Diese Einnahmen lassen sich nur schwer quantifizieren und fallen zudem vermutlich in größerem Maße erst in der mittleren Frist an. Sie sollten aber – zumindest qualitativ – berücksichtigt werden. Die aufgrund der Annahmen und Setzungen geschätzten Bruttokosten betragen im Jahr 2015 5,8 Milliarden Euro; im kommenden Jahr liegen die Ausgaben bei 14,7 Milliarden Euro und im Jahr 2017 bei 16,6 Milliarden Euro.

⁵ Die staatlichen Investitionen dürften wegen des Zustroms an Asylbewerbern nur wenig steigen; in der Prognose werden für die Jahre 2016 und 2017 jeweils 500 Millionen Euro angenommen. Der größte Teil der Ausgaben entfällt auf den Staatskonsum – beispielsweise als Mieten für Container.

den Jahres wurden Tarifierhebungen für die Landesbediensteten in den Jahren 2015 und 2016 beschlossen; Anfang kommenden Jahres stehen für die Beschäftigten des Bundes neue Tarifverhandlungen an, 2017 wiederum für die Länderbediensteten. Zudem wird – vor allem im Jahr 2016 – wohl Personal aufgestockt werden. Die Ausgaben des Staates für Vorleistungen, die in diesem Jahr nur mit geringer Dynamik zugelegt haben,⁶ werden ebenfalls kräftig steigen. Dies liegt vor allem an den Ausgaben des Staates, die in Zusammenhang mit dem Zustrom von Asylsuchenden anfallen (Kasten 1). Die sozialen Sachausgaben weisen tenden-

ziell eine hohe Grunddynamik auf: In der Pflegeversicherung nehmen die Leistungen kräftig zu, auch weil Leistungen ausgeweitet wurden und werden; die Ausgaben im Gesundheitswesen werden durch die Alterung der Bevölkerung wie auch den medizinisch-technischen Fortschritt sowie hohe Kostensteigerungen in anderen Bereichen getrieben. Hinzu kommt, dass die Gesundheitsausgaben aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen zunehmen.

Die monetären Sozialleistungen steigen ebenfalls kräftig. Im laufenden Jahr wirken in der ersten Jahreshälfte die Leistungsausweitungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung vom Vorjahr nach und die Rentenanpassung zur Jahresmitte war merklich. Im kommenden

⁶ Wie bei den Verkäufen hat die Zuordnung von Einheiten zum Staatssektor bei den Vorleistungen merkliche Auswirkungen, vgl. Fußnote 4.

Jahr wird sie sehr hoch ausfallen.⁷ Zudem wird im laufenden wie auch im kommenden Jahr das Kindergeld erhöht. Die Ausgaben für Pensionen und andere Transferleistungen expandieren ebenfalls merklich, allein die Ausgaben für das Betreuungsgeld, das das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt hat, laufen allmählich aus. Darüber hinaus werden die Transferleistungen infolge des Zustroms von Asylsuchenden steigen: Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Ausgaben für Arbeitslosengeld II und weitere Sozialleistungen – wie Hilfen in besonderen Lebenslagen oder laufende Hilfen für Wohnungs(neben)kosten – werden kräftig expandieren (Kasten 1).⁸

Die sonstigen Transfers legen ebenfalls merklich zu, vor allem weil die an den EU-Haushalt abzuführenden Eigenmittel deutlich zunehmen.⁹ Die zusätzlichen Ausgaben Deutschlands aufgrund der Zusage der EU, Hilfen an die Türkei zu leisten, die durch die Flüchtlingsströme stark belastet ist, tragen hingegen nur wenig zu dem Anstieg bei.¹⁰

Die Bruttoinvestitionen des Staates entwickeln sich im laufenden Jahr verhalten, werden im Jahr 2016 allerdings kräftig ausgeweitet, denn die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen dürften nach und nach umgesetzt werden. Der Bund hat zudem ein Sondervermögen eingerichtet, mit dem gezielt Investitionen in den finanzschwachen Kommunen gefördert werden sollen. In vielen Gemeinden ist die Finanzlage zwar noch immer gut, sie hat sich aber in den vergangenen Monaten im Zuge des vermehrten Zustroms von Asylbewerbern vielerorts angespannt. Da der Bund den Kommunen Hilfen zugesagt hat, ist in dieser Prognose unterstellt, dass sie an ihren bisherigen Investitionsplänen

festhalten und es nicht zu Verdrängungen kommt.¹¹ Im Jahr 2017 dürften die Bruttoinvestitionen auf hohem Niveau verharren.

Alles in allem nehmen die Ausgaben im Jahr 2015 um 2,3 Prozent zu, im kommenden Jahr steigen sie um 4,7 Prozent und im Jahr 2017 um 3,7 Prozent. Diese Entwicklung ist allerdings verzerrt. Im Jahr 2014 war die Ausgabenentwicklung durch ein Urteil um 0,3 Prozentpunkte überzeichnet, im Jahr 2015 ist sie hingegen unterzeichnet, da die Einnahmen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen in Höhe von 5,1 Milliarden Euro als negative Ausgabe behandelt werden.¹² Bereinigt um diese Effekte nehmen die Ausgaben im Jahr 2015 um 2,7 Prozent zu und in den kommenden beiden Jahren jeweils um 4,3 Prozent.

... trotzdem: auch weiterhin Überschüsse

Die öffentlichen Haushalte werden im gesamten Prognosezeitraum mit Überschüssen abschließen. Im Jahr 2015 liegt der Finanzierungssaldo bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,8 Prozent (Tabelle 2); im kommenden Jahr geht er wegen der hohen Ausgabendynamik auf 0,4 Prozent zurück und verharrt im Jahr 2017 dort. In struktureller – also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter Betrachtung – liegt der Finanzierungssaldo im Jahr 2015 bei einem Prozent und im nächsten Jahr bei 0,5 Prozent. Im darauf folgenden Jahr beträgt er 0,4 Prozent.

Finanzpolitik: Umsteuern notwendig

Finanzpolitik in den vergangenen Jahren in ruhigem Fahrwasser

In den vergangenen Jahren hat sich die Finanzlage zunehmend entspannt; die öffentlichen Haushalte stehen gut da. Dies ist zum einen die Folge von Reformen und Konsolidierungsmaßnahmen. Zum anderen half die wirtschaftliche Entwicklung: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich stetig, die Zahl der erwerbstätigen Personen kletterte von einem Höchststand zum anderen und der Beschäftigungsaufbau fand überwiegend im sozialversicherungspflichtigen Bereich statt. Folglich stiegen Steuer- und Beitragseinnahmen dynamisch. Hinzu kamen Sonderfaktoren: So profitierten die Sozialversicherungen von einer vorübergehend et-

7 Die kräftige Rentenanpassung ist dabei nur zum Teil die Folge der Lohnentwicklung. Ein Teil geht auf die Statistikumstellung im Jahr 2014 zurück, die dazu geführt hat, dass die Zahl der abhängig Beschäftigten anders abgegrenzt wird. Dadurch sank die durchschnittliche Lohnsumme je Arbeitnehmer. Diese – für die vorläufige Rentenanpassung maßgebliche Größe – lag damit im Niveau relativ wenig über ihrem bisherigen Vorjahreswert und ging daher mit einer zwar merklichen, aber zu geringen Anhebung der Renten einher. Die für die Rentenanpassung letzten Endes maßgebliche Größe ist aber die Veränderung der versicherungspflichtigen Entgelte je Beschäftigten; diese haben deutlich stärker zugenommen. Mitte kommenden Jahres erfolgt daher eine Korrektur der aufgrund der statistischen Änderungen zu niedrigen Erhöhung und die Rentenanpassung ist mit durchschnittlich 4,5 Prozent außergewöhnlich hoch.

8 In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Länder den größten Teil der Leistungen auch weiter in Form von Transfers gewähren.

9 Diese Prognose beruht auf den zurzeit geltenden Regelungen. Die Umstellung der Statistik im Jahr 2014 hat auch zur Folge, dass die abzuführenden EU-Eigenmittel neu berechnet werden müssen. Voraussichtlich wird dies im Jahr 2016 abgeschlossen sein und die zwischenzeitlich geleisteten Zahlungen werden nachträglich angepasst.

10 Die EU hat der Türkei Hilfen in Höhe von drei Milliarden Euro in den kommenden zwei Jahren zugesagt. Davon werden 500 Millionen aus dem EU-Haushalt finanziert, die restlichen 2,5 Milliarden werden von den Mitgliedsländern finanziert. Der deutsche Anteil am EU-Haushalt liegt bei knapp 20 Prozent. Können einige Mitgliedsländer sich der Finanzierung entziehen, wird der Beitrag etwas höher liegen als hier unterstellt.

11 Bei den öffentlichen Investitionen selbst wird der Zustrom von Asylbewerbern nur geringe Ausgaben nach sich ziehen. Profitieren dürften vor allem die gewerblichen Investitionen und die Wohnungsbauinvestitionen.

12 Diese Erlöse werden zurzeit im zweiten Vierteljahr des Jahres 2015 berichtet. Es deutet sich an, dass dies im kommenden Jahr revidiert wird und die Erlöse in Anlehnung an die zeitliche Bereitstellung der Frequenzen über die kommenden Jahre verteilt werden.

Tabelle 2

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,7
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,4
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1	59,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8	62,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2	66,7
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,2
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,4
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	65,0
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,5
2010 ⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	80,4
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	77,8
2012	44,4	22,5	16,5	44,4	2,3	2,3	-0,1	10,2	79,1
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	2,3	-0,1	8,8	76,8
2014	44,6	22,6	16,5	44,3	1,8	2,2	0,3	7,8	74,4
2015 ⁵	44,6	22,9	16,6	43,8	1,6	2,1	0,8	6,8	70,1
2016	44,6	22,9	16,7	44,2	1,4	2,2	0,4	6,3	67,3
2017	44,8	23,0	16,9	44,4	1,4	2,2	0,4	5,9	65,1

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
 2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.
 3 Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).
 4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).
 5 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (5,1 Milliarden Euro).
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2015, 2016 und 2017: Prognose des DIW Berlin.

was günstigeren demographischen Entwicklung¹³ und die für Staatsschulden zu bietende Rendite ging kräftig zurück.¹⁴ Die Schuldenbremse geriet seit ihrer Einführung für den Bund im Jahr 2010 in keinem Jahr in Gefahr; im Gegenteil: Das Haushaltsergebnis war von Jahr zu Jahr deutlich besser als erwartet.

Damit eröffneten sich für die Finanzpolitik merkliche Spielräume. Anstatt die strukturellen Überschüsse der deutschen Haushalte für potentialerhöhende Maßnahmen zu verwenden, fokussierte sich die Finanzpolitik auf Bundesebene jedoch auf das Primat einer „schwarzen Null“, also eines ausgeglichenen Haushalts. Die beschlossenen Maßnahmen waren eher auf konsumtive als auf investive Zwecke gerichtet. So wurde zu Beginn der

laufenden Legislaturperiode zwar eine Liste mit prioritären Ausgaben für investive Zwecke beschlossen; die zusätzlichen Mittel hatten aber nur ein Volumen von zehn Milliarden Euro, das sich zudem über fünf Jahre verteilt. Andere Maßnahmen folgten, doch auch deren Umfang war begrenzt. Der Schwerpunkt der beschlossenen Mehrausgaben lag im konsumtiven Bereich. Die Rentenkasse muss aufgrund von Leistungsausweitungen – insbesondere die Ausweitung der Mütterrente und die Rente ab 63 – pro Jahr zusätzliche Ausgaben von elf Milliarden Euro schultern. Allein deshalb liegt der Beitragssatz heute um 0,6 Prozentpunkte höher, als es ohne diese Mehrausgaben der Fall gewesen wäre. Dabei dürfte die in Deutschland im europäischen Vergleich hohe Beitragsbelastung der Arbeitseinkommen das Erwerbspersonenpotential ohnehin verringern.¹⁵ Angesichts der zunehmenden Schrumpfung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hätte eine tragfähige Politik auf das Gegenteil zielen müssen.

13 Die Rentenzugänge waren temporär geringer, da in den vergangenen Jahren die in den letzten Kriegsjahren Geborenen das Renteneintrittsalter erreichten.

14 Damit sind zwar nur temporär – so lange das Zinsniveau niedrig ist – Ersparnisse bei den Zinsausgaben verbunden. Mittlerweile gehen die Zinsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aber auch zurück, weil die Staatsverschuldung sinkt.

15 Vgl. van Deuverden, K. (2015): Finanzpolitik: Der richtige Mix von Steuern und Sozialabgaben hat Priorität! DIW Wochenbericht Nr. 16/2015.

Zustrom von Flüchtlingen belastet öffentliche Kassen

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung war vorhersehbar, dass die finanzpolitisch ruhigen Zeiten Ende des Jahrzehnts einem Ende entgegen gehen würden. Die haushaltspolitischen Spielräume werden nun aber bereits in den kommenden Jahren kleiner und die Atempause wird schneller als erwartet vorbeigegangen sein. Der nicht vorhersehbare Zustrom von Asylsuchenden hinterlässt seine Spuren in den öffentlichen Haushalten. Dabei gilt grundsätzlich: Der deutsche Staat ist durchaus in der Lage, die mit der aktuellen Entwicklung verbundenen finanziellen Belastungen zu schultern. Für einzelne Haushalte könnte es aber problematisch werden; viele Kommunen stehen schon heute unter Druck und könnten in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden.

Die mit dem Zustrom von Asylbewerbern verbundenen Kosten fallen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland auf unterschiedlichen Ebenen an. Erfassungs- und verwaltungstechnisch entstehen auf allen Ebenen Kosten. Sind die Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder beziehen sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, entstehen vor allem Kosten auf kommunaler Ebene: Auf die Gemeinden kommen bis weit in das kommende Jahr hinein massive Ausgabenerhöhungen zu, danach werden ihre Ausgaben auf hohem Niveau verharren. Erst ab dem nächsten Jahr wird nach und nach auch der Bund deutlich belastet, während im Zuge des annahmegoemäß leichten Abflauens der Zuwanderung die Kommunen gegen Ende des Prognosezeitraums allmählich etwas entlastet werden.

In Bezug auf die Haushaltslage ist die Entwicklung jedoch umgekehrt: Die finanzielle Situation des Bundes hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr entspannt, während sich die Kassenlage der Kommunen zuletzt bereits wieder etwas zuspitzte – zum Teil dürfte dies schon durch die Flüchtlingsmigration hervorgerufen worden sein. Hinzu kommt, dass die Finanzlage der Kommunen insgesamt seit einigen Jahren zwar günstig ist, sich hinter diesem Gesamtbefund aber ein heterogenes Bild verbirgt: Den Kommunen, die seit Jahren Überschüsse aufweisen, stehen solche gegenüber, die mit persistenten Defiziten zu kämpfen haben.

Die Folge ist, dass sich gerade in den finanzschwachen Kommunen ein hoher Investitionsbedarf aufgestaut hat. Sollen die Investitionen erhöht werden, muss die Politik dafür sorgen, dass zusätzliche Mittel dort ankommen. Der Bund hat in den vergangenen Jahren Maßnahmen ergriffen, um die Finanzausstattung der Kommunen

zu verbessern.¹⁶ Diese Maßnahmen dürften sich angesichts der auf die Gemeinden nun zukommenden Belastungen aber als nicht ausreichend erweisen. Eine Anspannung der Finanzlage birgt aber die Gefahr der Verdrängung von Investitionsausgaben.

Kommunen auf Mittelzuflüsse angewiesen – Bund muss einspringen

Der Bund hat bereits reagiert und den Kommunen Hilfen zugesagt (Kasten 2). Da der Bund im föderalen Gefüge aber keine direkten Zahlungen an die Kommunen leisten darf, müssen die zugesagten Hilfen über die Länderhaushalte an die Gemeinden geleitet werden. Damit liegt es letztlich im Ermessen der Länder, in welchem Umfang die Mittel auf kommunaler Ebene ankommen. Gerade in Ländern, in denen die eigenen haushaltspolitischen Spielräume eng sind, besteht die Gefahr, dass die Transfers nicht in vollem Umfang weitergegeben werden.¹⁷

Bei der Neuordnung der föderalen Beziehungen hat die Finanzpolitik in den vergangenen Jahren einiges versäumt – und dies rächt sich nun. Die Föderalismuskommission I (2003–2004) hatte den Auftrag, die föderalen Beziehungen zu entflechten und neu zu ordnen.¹⁸ Dabei sollten die den einzelnen Ebenen zugeordneten Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen grundsätzlich in Frage gestellt werden. Alternativ standen direkte Zuweisungen des Bundes an die Kommunen zur Diskussion. Damit sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass der kommunale Finanzspielraum im Laufe der Zeit immer stärker durch bundeseinheitliche Gesetze, die Ausgaben nach sich ziehen, eingeschränkt worden war. Die Ergebnisse der Kommission waren bescheiden, möglicherweise auch weil die für grundlegende Änderungen notwendigen Verfassungsänderungen unter den damaligen Mehrheitsverhältnissen kaum durchsetzbar gewesen wären.

Unter einer großen Koalition wie in der laufenden Legislaturperiode wären die Bedingungen für eine grundlegende Neuordnung hingegen günstig. Eine Neugestaltung

¹⁶ So übernimmt der Bund beispielsweise nach und nach höhere Anteile an den Eingliederungshilfen; im Jahr 2013 hat er seinen Anteil an den von den Kommunen zu tragenden „Kosten der Unterkunft“ erhöht, zu Beginn 2015 ist der Anteil nochmals gestiegen; er hat sich nicht nur beim Kita-Ausbau engagiert, sondern auch Zuschüsse zu den laufenden Kosten zugesagt; in diesem Jahr hat er ein Sondervermögen mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro ausgestattet, mit dem Investitionen in finanzschwachen Kommunen gefördert werden sollen.

¹⁷ Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die von den Ländern zu tragenden Kosten – beispielsweise für die Aufstockung der Landespolizei oder Mehrausgaben im Schulbereich – zurzeit vergleichsweise gering sind und es schwer ist, ein solches Vorgehen zu rechtfertigen.

¹⁸ Auf die im Jahr 2006 eingesetzte Föderalismuskommission II folgte demgegenüber die Einführung der deutschen Schuldenbremse.

Kasten 2

Nachtragshaushalte des Bundes im Jahr 2015

Nach der Steuerschätzung vom Mai und den sich für das laufende Jahr abzeichnenden Überschüssen hat der Bund seinen ersten Nachtragshaushalt für das Jahr 2015 auf den Weg gebracht. Mit diesem Nachtragshaushalt wurde ein Sondervermögen gegründet und mit 3,5 Milliarden Euro ausgestattet, dessen Aufgabe die Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen ist. Mit dem Nachtragshaushalt waren auch erste Reaktionen in Zusammenhang mit der zunehmenden Zuwanderung verbunden. So sagte der Bund Ländern und Kommunen eine pauschale Entlastung in Höhe von jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 zu, beschloss, zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu schaffen – deren Besetzung im Folgenden recht schleppend verlief –, und stockte einige Hilfen – beispielsweise die Mittel für Integrationskurse – auf.

Schnell zeichnete sich ab, dass die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen würden. Ende September folgte der zweite Nachtragshaushalt, in dem der Bund Ländern und Kommunen eine weitere Milliarde für das Jahr 2015 zusagte.¹ Zudem wird der Bund Ländern und Kommunen pauschal für jeden Flüchtling bis zum Abschluss seines Asylverfahrens Hilfen in Höhe von 670 Euro pro Monat gewähren. Im Laufe des kommenden Jahres wird zunächst eine Abschlagszahlung von drei Milliarden Euro fließen; am Ende des Jahres wird die tatsächliche Fallzahl der Flüchtlinge ermittelt und eine Ausgleichszahlung geleistet.²

¹ Die Hälfte dieser Milliarde Euro wurde durch das Vorziehen der im ersten Nachtragshaushalt für das Jahr 2016 zugesagten 500 Millionen Euro finanziert.

² Den Planungen für das Jahr 2015 liegt dabei bisher die Annahme zu Grunde, dass im Jahr 2015 800 000 Personen nach Deutschland kommen.

Weitere Maßnahmen, wie eine nochmalige Personalaufstockung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder die Einbindung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bei der Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, wurden in die Wege geleitet. Wegen der auf den Bundeshaushalt zukommenden Belastungen bildet der Bund im laufenden Jahr eine Rücklage in Höhe von fünf Milliarden Euro, „die zur Finanzierung der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Zahlungen eingesetzt werden kann.“³ Die Bildung dieser Rücklage wird dadurch begünstigt, dass der Bundeshaushalt in diesem Jahr gegenüber dem 1. Nachtragshaushalt mit einem höheren Überschuss abschließen wird. Im September zeichneten sich sechs Milliarden Euro ab; er dürfte allerdings nochmals um gut drei Milliarden Euro höher ausfallen – und damit auch die Zuführung zur Rücklage.

Dieser Kunstgriff ermöglicht es, dass der Bundeshaushalt wohl auch im kommenden Jahr ausgeglichen sein dürfte – obwohl der Bund zum einen die zugesagten Transfers an Länder und Kommunen leisten muss und zum anderen seine eigenen Ausgaben nach und nach kräftig zunehmen werden. Die Zahl von Personen, die Arbeitslosengeld II erhalten – dies sind nicht nur registrierte Arbeitslose, sondern auch andere bedürftige Hilfeempfänger –, dürfte im Jahr 2017 um 500 000 Personen über ihrem Niveau vom Jahr 2014 liegen. Alles in allem spannt sich die Lage im Bundeshaushalt somit deutlich an.

Diese Zahl war bereits im November deutlich überschritten. Mithin werden die Kosten für das laufende Jahr noch unterschätzt.

³ Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung, Nr. 38, 2015.

tung der föderalen Finanzbeziehungen steht ohnehin auf der Tagesordnung, denn das bestehende Finanzgefüge ist mit einem Verfallsdatum versehen: Das für den Länderfinanzausgleich maßgebliche Gesetz verliert am 1. Januar 2020 seine Gültigkeit; der Solidarpakt endet mit dem Jahr 2019 und ab dem Jahr 2020 dürfen sich die Länder aufgrund der Vorgaben der Schuldenbremse nur noch aus konjunkturellen Gründen verschulden.

Eine grundlegende Reform, bei der Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen justiert und in klarer Verantwortung einzelnen Ebenen zugewiesen werden – und bei der dann auch die Lage der Kommunen ausreichend berücksichtigt wird –, wurde hingegen nicht angestrebt.

Lange Zeit schienen die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten, auch weil die Interessenlage der Länder sehr heterogen ist. Nun scheinen sie sich aber doch noch auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt zu haben.¹⁹ Dies war wohl vor allem deshalb möglich, weil nach dem Entwurf im Ergebnis jedes Land bessergestellt würde – zu Lasten des Bundes. Die ersten Reaktionen von Bundesseite lassen erwarten, dass dieser Vorschlag noch heiß diskutiert werden dürfte. Mit Verweis auf eigene Haushaltsengpässe wird der Bund

¹⁹ Die Regelungen im Einzelnen sind noch nicht bekannt, so dass eine abschließende Bewertung nicht möglich ist.

in den anstehenden Verhandlungen aber den Ansprüchen der Länder nicht begegnen können: Das Primat der „schwarzen Null“ hat auch seine Verhandlungsposition gegenüber den Ländern geschwächt.

Es bleibt abzuwarten, welche Lösung letztlich gefunden wird. Zu wünschen wäre ein Ansatz, der die Finanzkraft der Kommunen in den Ländern angemessen berücksichtigt. Selbst wenn es nicht möglich wird, die für direkte Zuweisungen des Bundes an die Kommunen notwendigen Verfassungsänderungen zu verabschieden, würde zumindest die Versuchung für die – finanzschwachen – Länder geringer, Mittel für sich abzuzweigen.

Fazit: Hinterhersparen wäre jetzt ein Fehler

Die Finanzpolitik hat in den vergangenen Jahren ihren Spielraum kaum genutzt. Mit Blick auf das potentielle Wirtschaftswachstum wurde zu wenig für Investitionen getan. Auch hätte eine Entlastung der Arbeitnehmer bei den Sozialabgaben auf der Agenda stehen sollen, damit das Arbeitsangebot größer wird und das Erwerbspersonenpotential davon profitiert. Das Gegenteil war der Fall: Das Primat der „schwarzen Null“ führte dazu, dass der Bund durch die Kürzung von Zuschüssen an die Sozialversicherungen wie auch durch die Leistungsausweitung in der Rentenversicherung die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit hoch gehalten hat.

Auch wenn der öffentliche Gesamthaushalt im Prognosezeitraum noch immer einen Überschuss aufweist: Auf den einzelnen Ebenen sieht es anders aus. Derzeit

kommt es vor allem darauf an, dass die Mittel dort zur Verfügung stehen, wo sie gebraucht werden: In erster Linie müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, die Kosten für die Asylsuchenden zu schultern – und zwar ohne dass sie dringend notwendige öffentliche Investitionen einschränken müssen. Dazu muss sichergestellt werden, dass das Geld auch bei den Kommunen ankommt.

Diese notwendigen Maßnahmen werden allerdings zur Folge haben, dass der Bundeshaushalt unter Druck gerät. Eine „schwarze Null“ im Jahr 2017 wird eine wackelige Angelegenheit und es ist auch möglich, dass der Bundeshaushalt in die roten Zahlen rutscht. Eine solche Entwicklung darf aber nicht zum Anlass genommen werden, hinterhersparen zu wollen. Wichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen, die das potentielle Wirtschaftswachstum erhöhen, müssen trotzdem durchgeführt werden. Der Spielraum dafür ist da, vor allem wenn bei den konsumtiven Ausgaben Zurückhaltung geübt wird. Strukturell wird der Gesamthaushalt im Jahr 2017 immer noch einen Überschuss von einem halben Prozentpunkt in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt aufweisen – wieder ist die Verteilung auf die einzelnen Ebenen das Problem.

Das wirtschaftspolitische Ziel muss sein, die Flüchtlinge zu integrieren und ihnen die sprachlichen und beruflichen Fähigkeiten zu vermitteln, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Nur so kann eine strukturelle Verfestigung der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Die Finanzpolitik muss bereit sein, die Mittel dafür bereit zu stellen. Dann kann der große Zuwanderungsstrom für Deutschland, dessen Bevölkerung altert und bald auch zu schrumpfen beginnt, ein Gewinn sein.

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

**FISCAL POLICY: BUDGETARY MARGINS ARE GETTING NARROWER—
WHICH MEANS MAKING THE RIGHT SPENDING DECISIONS IS EVEN MORE IMPORTANT**

Abstract: Although the public budgets are expected to finish 2016 and 2017 in surplus, they are nevertheless declining: From the middle of next year, the influx of asylum seekers will continue to cause a rise federal spending. At the municipal level, expenditures have already risen sharply, and will continue to increase noticeably in the coming year.

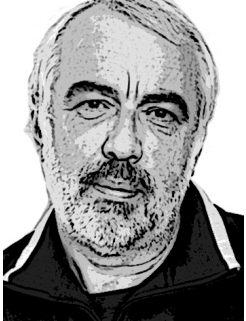
As the municipalities are expected to start reaching their limits in many ways, they need to work on overcoming current challenges and simultaneously carrying out a future-oriented financial policy. They are the ones responsible for the majority of the public investment, and if their investment declines, the investment backlog increases. The federal government had to act and has already started

making concrete commitments, which will constrict its own margin significantly. As a consequence, there is now the risk that the policy oriented toward keeping spending out of the red of the past few years could get on the wrong track and become overzealous about saving in every case.

According to the forecast presented here, this is not necessary—especially since the budgetary rules offer some leeway. Consequently, growth-enhancing expenditure need not be eliminated. In addition, measures should be taken to prevent unemployment from setting in among the refugees. The timing of the processes must be accelerated, and funding for education and training must be provided, because the quicker and better the integration, the higher the potential gains are for German society.

JEL: H3, H6, E6

Keywords: public finance, fiscal policy, outlook



Karl Brenke, Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Asylstrom: Parolen reichen nicht, Konzepte sind nötig

„Wir schaffen das!“, erklärte die Bundeskanzlerin im Spätsommer dieses Jahres angesichts des immer stärker anschwellenden Zustroms an Asylsuchenden. Was ist zu schaffen? Zunächst gilt es, die Menschen aufzunehmen und über ihr Asylbegehren zu entscheiden. Für Verpflegung und Unterbringung wird zwar gesorgt, allerdings meist in Provisorien wie zum Beispiel in Turnhallen. Schlimm ist es um die Asylverfahren bestellt. Zum einen gibt es das Problem, überhaupt die Asylanträge zu erfassen. So wurden in der Zeit von Januar bis November 965 000 Asylsuchende gezählt, aber nur 425 000 Asylanträge registriert. Entschieden wurde im selben Zeitraum lediglich über 240 000 Anträge; einen zweiten und ebenfalls wachsenden Stau gibt es also bei den Verfahren selbst. So kam im November auf sechs in Deutschland ankommende Asylbewerber gerade ein entschiedenes Verfahren. Es ist nicht abzusehen, wann der aufgehäufte Berg an unerledigten Verfahren kleiner wird. Ein erträglicher Normalzustand liegt in ganz weiter Ferne.

Dabei ist die Abwicklung der Asylverfahren noch die kleinste Aufgabe. Die anerkannten Asylbewerber brauchen reguläre Wohnungen. Da sie nach allen Erfahrungen Netzwerke von Verwandten oder Bekannten nutzen werden, dürften sie kleinere Kommunen eher meiden und vor allem in die größeren Städte ziehen. Hier ist Wohnraum allerdings knapp, sodass zusätzlicher geschaffen werden muss. Mit dem Bau neuer Wohnungen wird es aber nicht getan sein. Es bedarf stadtplanerischer Konzepte, um die Bildung von Ghettos zu vermeiden. Die soziologische Forschung weiß seit mehr als 70 Jahren: Je größer die stadträumliche Konzentration einer bestimmten Migrantengruppe ist, desto geringer ist der Anreiz zur Integration in die aufnehmende Gesellschaft. Dass es entsprechende stadtplanerische Aktivitäten gibt, ist nicht bekannt. Stattdessen setzt etwa Hamburg auf neue Großsiedlungen. Vielleicht geht es angesichts des starken Asylstroms auch gar nicht anders. Man schafft damit allerdings Strukturen wie in den Pariser Banlieues.

Ebenfalls grundlegend für eine Integration ist die Aufnahme einer bezahlten Beschäftigung. Als eine große Hürde bei der Jobsuche dürften sich für viele Asylsuchende ihre unzureichenden Sprach- und nicht selten auch Schriftkenntnisse erweisen. Über die beruflichen Fähigkeiten der Geflüchteten weiß man bisher kaum etwas. Bekannt ist aber, dass es ein Berufsbildungssystem wie in der Bundesrepublik in deren Herkunftsländern nicht gibt. Dort wird allenfalls eine akademische Ausbildung angeboten; der Erwerb einer mittleren Qualifikation erfolgt eher auf einem informellen Weg (learning by doing). Ein Blick auf die Wirtschaftsstrukturen in Vorderasien und den Ländern Afrikas südlich der Sahara legt nahe, dass viele Asylsuchende – abgesehen von einigen Akademikern – überhaupt keine Berufsausbildung nach deutschen Maßstäben haben, weil sie dort nicht benötigt wurde. Sie werden deshalb vor allem einfache Jobs nachfragen. Hier ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage aber besonders ungünstig: Bei einfachen Jobs kommen auf eine bei den Arbeitsagenturen gemeldete offene Stelle derzeit elf Arbeitslose, für die nur eine solche Stelle in Frage kommt. Überdies verlieren dem Trend nach einfache Tätigkeiten immer mehr an Bedeutung. Allerdings ist ein großer Teil der Asylsuchenden jung. Für sie böte sich eine Lehre an. Aber auch hier stellt sich – abgesehen von der Sprache – das Problem der Vorkenntnisse. Eine Schulausbildung von mindestens zehn Jahren, wie in Deutschland, gibt es in den Herkunftsländern der Geflüchteten nicht. Um auf das Niveau eines deutschen Hauptschulabschlusses zu kommen, müssen daher wohl zunächst Bildungslücken geschlossen werden. Entsprechende Angebote dafür fehlen aber.

Von „Wir schaffen das“ kann daher bislang keine Rede sein. Die Politik beschränkt sich weitgehend – und zwar mehr schlecht als recht – auf die Verwaltung der Zuwanderungswelle. An weiterreichenden Konzepten für die Integration mangelt es jedoch.